Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1904

194 (28.5.1904) Badischer Landtag. 83. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

№ 194. Samstag, 28. Mai. 1904.

Badischer Landtag.

83. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer

am Freitag, den 27. Mai 1904.

Am Regierungstisch: Ministerialdirektor Geh. Rat **Zittel**, Generaldirektor Geh. Oberregierungsrat **Roth** und Oberregierungsrat **Henn**.

Präsident Dr. **Gönner** eröffnet die Sitzung kurz nach 1/4 10 Uhr vormittags.

Neue Einläufe liegen nicht vor.

Das Haus tritt daher sofort in die Tagesordnung ein.

Fortsetzung der Beratung der Berichte der Budgetkommission über eine Anzahl von Petitionen von Eisenbahnbeamten, Eisenbahnbediensteten und Eisenbahnarbeitern in Betreff ihrer Dienst- und Einkommensverhältnisse. Drucksachen „Zu Nr. 17 (II) und (III)".

Generaldirektor Geh. Oberregierungsrat **Roth**: Ich möchte mit einer persönlichen Angelegenheit beginnen, mit der Bitte, das Hohe Haus möge freundlichst Nachsicht haben, wenn ich im Einverständnis mit dem Herrn Präsidenten meine nachfolgenden Ausführungen sitzend mache. Ein Unfall, der mir am Fuße zugestoßen ist, ermöglicht mir nicht, längere Zeit zu stehen. Ich bitte Sie, überzeugt zu sein, daß nur die zwingende Notwendigkeit mich veranlaßt, von dem Brauch des Hohen Hauses abzuweichen.

In den beiden letzten Sitzungen haben mehrere Redner eine Stellungnahme der Großh. Regierung zu den hier zur Erörterung stehenden Fragen vermißt. Soweit es sich um die Stellung zu den einzelnen Petitionen handelt, hat sich die Großh. Regierung ausführlich schriftlich geäußert; um Wiederholungen zu vermeiden, habe ich in der vorletzten Sitzung lediglich Bezug auf den gedruckten Bericht der Budgetkommission genommen. Ich habe zugleich dargelegt, daß die Eisenbahnverwaltung gerne bereit sei, für die Interessen ihres Personals einzutreten, sobald das Staatsministerium den Zeitpunkt der allgemeinen Revision des Gehaltstarifs für gekommen erachte. Daran muß ich auch heute festhalten. Uns hier anwesenden Vertretern der Eisenbahnverwaltung steht es nicht zu, Erklärungen abzugeben, wann voraussichtlich an die Revision des Gehaltstarifs gegangen wird, ob die allgemeine Finanzlage oder die Lage der Eisenbahnverwaltung heute schon eine Besserstellung des Personals gestattet, ob eine Aufbesserung des Eisenbahnpersonals vor der allgemeinen Revision des Gehaltstarifs möglich ist, u. a. Eine Entschließung hierüber kann in Abwesenheit des verantwortlichen Herrn Ressortministers nicht getroffen werden. Aus diesem Grund ist während der bisherigen Verhandlungen keine Erklärung vom Regierungstisch erfolgt; aus dem Stillschweigen der Vertreter der Eisenbahnverwaltung können aber auch keine weiteren Folgerungen für die Stellung der Großh. Regierung zu den hier verhandelten Fragen gezogen werden, als sie aus dem gedruckten Bericht hervorgehen.

Mehrfach ist in den Verhandlungen die Vermutung ausgesprochen worden, die Generaldirektion sei wohl zur Willfahrung im Sinne der Petitionen geneigter, aber ihre Bestrebungen scheiterten an dem Widerspruch des Finanzministeriums. Hierbei wird die Stellung der Generaldirektion vollständig verkannt. In diesen Fragen kommt der Generaldirektion nur eine begutachtende Tätigkeit von dem Standpunkt einer Mittelstelle zu; die Entschließung muß notwendig bei dem Ressortministerium und dem gesamten Staatsministerium liegen. Es ist deshalb zwecklos, einen Widerspruch zwischen der angeblichen Meinung der Generaldirektion und dem endgültigen Regierungsbeschluß aufzusuchen und Schlußfolgerungen daraus zu ziehen.

Die Beratungen der letzten Tage haben viele Einzelwünsche und Beschwerden gebracht. Es ist unmöglich, auf alle Punkte hier sofort zu antworten; wir würden auch die Geduld des Hohen Hauses zu sehr beanspruchen. Selbstverständlich werden aber auch die Punkte, die heute unbeantwortet bleiben müssen, auf Grund des gedruckten Berichtes ihre Prüfung finden.

Im einzelnen erlaube ich mir, folgendes hervorzuheben.

Der Herr Abg. Muser hat den Wert der vergleichenden Darstellung der Gehalte bei unserer Verwaltung und bei der Mehrzahl der deutschen größeren Eisenbahnverwaltungen bezweifelt. Ich möchte einer Reihe seiner Beanstandungen von vornherein zustimmen, aber nicht den Anschein erwecken, wie wenn die Eisenbahnverwaltung aus eigenem Antriebe diese Tabelle aufgestellt hätte. Der Hergang ist vielmehr der: In der Budgetkommission wurde der Wunsch ausgesprochen, es möge eine solche vergleichende Darstellung der Kommission übermittelt

werden. Wir haben schon damals geltend gemacht, daß eine solche Darstellung ihre Schattenseiten habe; um aber dem entschiedenen Wunsch der Budgetkommission nicht entgegen zu sein, haben wir uns dieser umfangreichen und mühevollen Arbeit unterzogen. Wir haben aber bei der schriftlichen Begründung der Darstellung (auf Seite 19 des Hauptberichts) ausdrücklich unsere Bedenken gegen die unbedingte Verwendbarkeit dieser Darstellung dargelegt. Sie wollen also daraus ersehen, daß wir den Wert der Darstellung keineswegs überschätzt haben.

Der Herr Abg. Horst hat die Richtigkeit der Angaben über die Lohnverhältnisse im Jahresbericht der Generaldirektion bemängelt und zum Beweise angeführt, daß ihm bekannt sei, daß ein Schreiner in der Hauptwerkstätte nicht, wie im Bericht als Mindestlohn angegeben sei, 2,70 Mark, sondern nur 2,60 M. im Tag verdiene. Ich glaube, es braucht kein Widerspruch zwischen diesen beiden Angaben zu bestehen; wenn man die Tabelle auf Seite 29 des Jahresberichts genau prüft, so ist als Zeitpunkt für die Angaben der 31. Dezember 1902 bezeichnet. Es sind also nicht die niedersten, die höchsten und die Durchschnittstagelöhne für den Lauf eines ganzen Jahres aufgenommen, sondern nur die am 31. Dezember bestehenden niedrigsten und höchsten Löhne. Es war daher wohl denkbar, daß vor oder nach jenem Tage etwas mehr oder weniger an Lohn bezahlt wurde. Die Sache ist für uns nicht so unbedeutend, wie sie scheinen könnte; wir legen Wert darauf, Zweifel an der Richtigkeit der amtlichen Statistik zu zerstreuen.

Der Herr Abg. Venedey hat bemängelt, daß in Konstanz Hilfsschaffner als Wagenputzer verwendet würden. Das gibt mir Anlaß, auf die dermalige Lage des Fahrpersonals kurz zu sprechen zu kommen. Das Fahrpersonal ist bei uns zurzeit im überzähligen Maße vorhanden. Das rührt davon her, daß wir auf 1. Oktober 1901 eine größere Anzahl von Zugpersonal der Main-Neckarbahn übernehmen mußten, das nach dem Uebergang der Verwaltung an die Königl. Eisenbahndirektion in Mainz entbehrlich geworden war. Bekanntlich hat auch der Güterverkehr in den Jahren 1901 und 1902 sehr abgenommen, und die Folge war, daß viele Bedarfsgüterzüge nicht mehr geführt zu werden brauchten, woraus sich ein Ueberschuß an Personal ergab. Wir sind auch dazu übergegangen, eine Anzahl nicht dringend notwendiger Personenzüge aufzugeben; dadurch ist auch Personenzugspersonal verfügbar geworden. Endlich haben wir es für zweckdienlich erachtet, daß die Lokalzüge nicht mehr von zwei verantwortlichen Zugbeamten, einem Zugführer und einem Wagenwärter, bedient werden, sondern daß der Wagenwärter zugleich die Dienste des Zugführers versieht, wodurch Zugführer entbehrlich geworden sind. Selbstverständlich ist das etatmäßige Personal in seiner Tätigkeit geblieben. Das Hilfspersonal, das bisher in der Stellung von etatmäßigen Beamten gearbeitet hatte, mußte zum Teil in seine frühere Tätigkeit zurücktreten; dieser Zustand wird so lange bestehen bleiben, bis durch Abgang von etatmäßigem Personal oder durch Vermehrung der Züge ein Ausgleich erreicht worden ist. Dieser Ausgleich vollzieht sich verhältnismäßig langsam, weil der natürliche Abgang an Zugspersonal durch Tod oder Pensionierung verhältnismäßig gering ist. Das ist keine auffallende Erscheinung, wenn man berücksichtigt, daß das Zugspersonal in den Jahren 1898—1900 außerordentlich stark vermehr worden ist, und der damalige Zugang an Personal in jüngeren Lebensjahren besteht. Es ist aber zu hoffen, daß der Ausgleich in einiger Zeit erreicht sein wird.

Der Herr Abg. Venedey hat weiter gefragt, wie viel Personen im Eisenbahndienst überhaupt den Mann einer Altersrente erreichten. Die Antwort steht auf Seite 204 des Hauptberichtes in der Beilage 12. Hiernach sind in den letzten fünf Jahren etwa 80 bis 100 Altersrentenempfänger vorhanden gewesen; auf Ende 1903 waren es 77. Allein in unseren Werkstätten sind 24 aktive Werkstättenarbeiter über 70 Jahre. Die mehr als 70jährigen machen in der Arbeiterpensionskasse der Eisenbahnverwaltung 0,44 Proz. aller Versicherten aus, die aktiven mehr als 70jährigen Werkstättearbeiter machen 0,71 Prozent aller Werkstättenarbeiter, also nahezu den doppelten Prozentsatz aus. Ich glaube, daß dies als Beweis dafür dienen kann, daß die Werkstättenarbeit doch nicht so ungesund und gesundheitsschädlich ist, wie manchmal angenommen wird. Was die von Herrn Abg. Venedey angeregte Frage der Entschädigung der im Dienste verunglückten, nicht etatmäßigen Eisenbahnarbeitern anbelangt, so ist hier maßgebend das Gewerbeunfallgesetz vom 28. Mai 1885 in der neuen Fassung von 30. Juni 1900. Die §§ 16 bis 21 dieses Gesetzes regeln genau die Ansprüche der Hinterbliebenen von verunglückten Arbeitern. Die Ansicht, daß für diese Hinterbliebenen nicht gesorgt sei, muß hiernach richtig gestellt werden. Auf die Gnadenbezüge der Hinterbliebenen von nicht etatmäßigen Eisenbahnangestellten hat die Eisenbahnverwaltung gemäß § 28 des Etatgesetzes überhaupt keinen Einfluß. Die Beschwerden des Herrn Abg. Venedey über die Vergebung der Mittel aus dem Gratialfond berühren also die Eisenbahnverwaltung in keiner Weise.

Der Herr Abg. Frühauf ist gestern noch einmal auf die dem letzten Landtag gemachte Angabe zurückgekommen, daß Baden in der durchschnittlichen Bezahlung seines Eisenbahnpersonals in erster Reihe stehe. Diese Frage hat auch die Budgetkommission eingehend beschäftigt, wie der Druckbericht ergibt. Der Herr Abg. Frühauf hat die Richtigkeit unserer Angaben unter Bezugnahme auf die Schrift eines Mitglieds der sächsischen Ersten Kammer angegriffen. Nach seiner Darstellung steht Baden, was die persönlichen Ausgaben anlangt, nirgends an erster Stelle, sowohl beim Verhältnis der persönlichen Ausgaben zu den sachlichen, als auch bei der Berechnung auf einen Kilometer Betriebslänge, auf 100 000 Nutzkilometer, auf 100 000 Wagenaxenkilometer und auf 100 000 M. der Bruttoeinnahmen. Baden komme nur bei der Berechnung bei 1 km Länge an zweiter, bei allen übrigen Berechnungsarten erst an dritter Stelle. Es wird daraus ein Widerspruch gefolgert zwischen unsern Angaben und den für Sachsen gemachten. Einen Anlaß hierzu haben wir jedoch nicht gegeben. Es ergibt sich im Gegenteil aus der Tabelle 23 bis 24 der Denkschrift über den Betriebskoeffizienten, daß unsere Angaben sich mit den sächsischen durchaus decken. Die absolute durchschnittliche Bezahlung des Personals geht jedoch daraus nicht hervor. Zum Beweis das Beispiel über das Verhältnis der persönlichen und sachlichen Ausgaben. Die sachlichen Ausgaben werden von einer Reihe von Momenten beeinflußt, die mit der Bezahlung des Personals in gar keinem Zusammenhange stehen. Wenn wir z. B. 1902 keinen Oberbau erneuert hätten, wenn wir ferner nach dem Vorschlag einiger Herren auf den § 35 keine größeren Ergänzungsarbeiten gemacht hätten, wenn endlich nicht die bedauerlichen Unfälle, die uns 1902 ca. 800 000 M. kosteten, sich zugetragen hätten, so würde das Verhältnis der persönlichen zu den sachlichen Ausgaben günstiger geworden sein, das Personal hätte aber trotzdem keinen Pfennig mehr bekommen. (Heiterkeit.) Es ist schon gestern durch einen Zuruf aus dem Hohen Hause aufmerksam gemacht worden, daß es sich für die heutigen Verhandlungen nur um die auf einen Kopf des Personals entfallenden durchschnittlichen Ausgaben handeln kann, also um die Zah-

len der Tabelle 26 der Denkschrift. Diese Tabelle hat der Herr Abg. Frühauf schon in der Kommission in Zweifel gezogen. Es wurde damals ausführlich dargelegt, wie die Zahlen bei uns und den andern Verwaltungen ermittelt werden, auf welchen Grundlagen sie ruhen und wie sie im Reichseisenbahnamt zusammengestellt und nötigenfalls richtiggestellt werden. Ich möchte die ganze Darstellung, die in der Budgetkommission gemacht wurde, nicht wiederholen, vielmehr nur noch anfügen, daß unsere Zahlen sowohl in der Hauptsache nachgerechnet, als auch durch Stichproben im einzelnen geprüft wurden, wobei die Zahlen sich als durchaus richtig erwiesen haben, abgesehen von vereinzelten geringfügigen Ausnahmen. Ich glaube, daß die Mehrheit der Budgetkommission von unserer Darlegung befriedigt war, denn sie hat die Zahlen in ihrem Bericht aufgenommen. Gleichwohl hat der Herr Abg. Frühauf auch gestern wieder darauf bestanden, daß die Zahlen unrichtig seien, weil sie mit dem Kopfsatz von 939 M., der früher behauptet worden sei, nicht übereinstimmten. Ich muß den größten Wert darauf legen, daß die Angaben der amtlichen Statistik als glaubhaft erachtet werden, u. habe deshalb Kontrollrechnungen vorgenommen. Die direkten Bezüge auf den Kopf des Arbeiterpersonals betrugen im Jahre 1900 1016 M., 1901 1021 M., 1902 1041 M. Ich habe nun aus den Angaben unseres Jahresberichts für 1902 den durchschnittlichen Jahresverdienst eines Werkstättearbeiters ermittelt, er beträgt 1146 M. Außerdem wurde für die Arbeiter des Betriebsdienstes der Bezirke Mannheim, Karlsruhe, Offenburg, Freiburg und Konstanz nach den für 1902 bewilligten Lohnkrediten das durchschnittliche Jahreseinkommen zu 1117 M. berechnet. Dies ist um 105 bzw. 76 M. mehr als der obige Durchschnitt für das gesamte Personal. Der Unterschied ist unschwer zu erklären: die Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter, Unfallrentenbezieher, die Arbeiter in Landorten mit geringeren ortsüblichen Löhnen drücken die Zahlen auf den Durchschnitt von 1041 M. herab. Ich glaube, hiermit den Beweis für die Richtigkeit der amtlichen Statistik erbracht zu haben, und es dürfte Sache des Herrn Abg. Frühauf sein, den Gegenbeweis zu erbringen.

Zum Schluß möchte ich auf die Anfrage des Herrn Abg. Frühauf kommen, wie es sich mit einem Zeitungsartikel über zu starke Beschäftigung des Lokomotivpersonals hier verhalte. Es ist sehr wohl möglich, daß, namentlich bei dem Kurswechsel wegen der Aenderung des Fahrplans oder zur Entlastung eines verhältnismäßig stark belasteten Kurses ein anderer Kurs mehr herangezogen wurde. Das geschieht aber immer im Einklang mit den unter den deutschen Regierungen vereinbarten und vom Reichseisenbahnamt genehmigten Vorschriften über die zulässige höchste Arbeitszeit. Die von uns eingeleitete Untersuchung hat denn auch ergeben, daß die Darstellung des Artikels in der Hauptsache nicht richtig ist. Ich möchte dafür das Zeugnis des Hauptvorstandes der Vereinigung Badischer Lokomotivbeamten aufführen, der in einer, ich betone das ausdrücklich, aus freien Stücken an die Generaldirektion gerichteten Zuschrift erklärt, daß der Artikel unrichtige Angaben, und zum größten Teil übertriebene Forderungen enthalte. Der Vorstand verwahrt sich dagegen, daß Mitglieder der Vereinigung diesen Artikel verfaßt haben.

Ich möchte dem noch eine allgemeine Bemerkung über die Zeitungsbeschwerden des Personals überhaupt anschließen. Wer sich ungerecht behandelt fühlt, möge sich vertrauensvoll an seine vorgesetzten Behörden, also zunächst an die Bezirksbeamten und dann an die Generaldirektion wenden. Es ist unsere Pflicht, allen diesen Beschwerden volle Beachtung und gründliche Prüfung zuteil werden zu lassen. Versagt auch die Generaldirektion, so ist immer noch die oberste Aufsichtsbehörde vorhanden. Dieser Weg empfiehlt sich besser, als unter der Maske der Anonymität in der Presse Angaben zu machen, die sich nachher in der Mehrzahl der Fälle zum mindesten als stark übertrieben herausstellen. Wir wollen und müssen das volle Vertrauen zum Personal haben, wir verlangen aber dafür, daß auch das Personal wenigstens zu unserem Gerechtigkeitssinn Vertrauen hat. (Beifall.)

Oberregierungsrat **Henn**: Es erübrigt mir noch, auf einige wenige Fragen einzugehen. Zunächst hat der Herr Abg. Venedey beklagt, daß für die Kapitänstellungen unserer Dampfschiffahrt Leute aus der Handelsmarine genommen und dadurch die Aussichten des Steuermannspersonals vermindert würden. Die Angabe ist insofern richtig, als wir vor einigen Jahren Leute von der hohen See genommen haben, weil an den Kapitändienst hohe Anforderungen gestellt werden, und wir besonders tüchtige Leute mit großer Erfahrung und besseren Kenntnissen brauchen. Wir haben aber jederzeit die zum Kapitändienst befähigten Steuermänner berücksichtigt, und es sind in der Zwischenzeit verschiedene solche zu Kapitänen ernannt worden. Zurzeit sind drei Stellen an Kapitäne aus der Handelsmarine vergeben, drei an ehemalige Steuerleute; außer den 6 Kapitänstellen bedürfen wir allerdings noch zweier Aspiranten, die für die Zeit des gesteigerten Verkehrs im Sommer in die Kapitänsstellen einrücken können. Dafür haben wir einen Aspiranten, der von unten herauf gedient hat, ein anderer ebensolcher ist kürzlich gestorben, so daß wir uns genötigt sahen, nochmals einen Mann aus der Handelsmarine zu gewinnen. Das ist aber kein junger Mann, wie Herr Venedey sagte, sondern er ist 40 Jahre alt. Er ist probeweise angestellt, und wir dürfen hoffen, daß er auch ein tüchtiger Kapitän werden wird. Die Kapitänstellen werden den Steuerleuten auch in Zukunft zugänglich sein.

Der Herr Abg. Venedey hat ferner die Frage der Stationswarte berührt und empfohlen, diesen Dienst vom Weichenwärterdienst streng zu trennen. Stationswarte haben wir als besondere Beamtenklasse nicht. Unsere Stationswarte sind lediglich Bahn- und Weichenwärter. Es ist ihnen die Besorgung des Abfertigungs- und Telegraphendienstes im Nebenamt auf solchen Stellen übertragen, wo dieser Dienst einen Mann nicht voll beschäftigt. Dabei soll die Frau des Beamten helfen, sie ist im Abfertigungs- und Telegraphendienst geprüft. Dafür bezieht der Beamte einen Nebengehalt zu Lasten des § 2 B des Betriebsetats. Wenn der Abfertigungsdienst zu umfangreich wird, nehmen wir die von Herrn Venedey gewünschte Trennung vor und stellen den Stationswart als Stationsaufseher an.

Eine weitere Frage ist die der Aufrechnung der wandelbaren Bezüge beim Fahrpersonal. Auf das Gehalt wird nichts angerechnet. Das Fahrpersonal bezieht Gehalt und Wohnungsgeld ungeschmälert. Ein Teil der wandelbaren Bezüge ist aber in den Einkommensanschlag aufgenommen, damit die Leute auch davon Pension beziehen können. Es ist also eine Wohltat, die anderen Beamten nicht zukommt.

Ueber die Oberschaffner ist von verschiedenen Rednern gesprochen worden. Die Oberschaffner und Zugmeister sind in den letzten Jahren leider in Widerstreit geraten, der dienstliche Unzuträglichkeiten befürchten ließ. Wir haben dies sehr bedauert und hoffen, dem für die Zukunft vorzubeugen dadurch, daß wir künftig zum Zugführerdienst nur Leute zulassen, die die theoretische Zugmeisterprüfung gemacht haben. Diese Zugmeistersanwärter werden jetzt schon mehrere Jahre als Oberschaffner verwendet und angestellt.

Der Herr Abg. Goldschmid von Engen hat den Wunsch geäußert, man möge die Hilfswagenrevidenten als Wagenrevidenten anstellen. Die Revidenten sind etatmäßig. Zur Ausfüllung von Lücken und Stellvertretungen werden nicht etatmäßige Arbeiter verwendet. Die Revidentenstellen sind den Militäranwärtern vorbehalten, und diese müssen bei Besetzung dieser Stellen in erster Linie berücksichtigt werden. Weiter anzufordernde Stellen würden diesen in erster Linie zugute kommen.

Der Herr Abg. Schmidt hat gesagt, in Wiesloch bekämen die Bahnsteigschaffner keine Uniformen. Es besteht allgemein die Regel, daß das ständig zum Verkehr mit dem Publikum verwendete Hilfspersonal von der Verwaltung uniformiert wird. Wenn das in Wiesloch nicht der Fall sein sollte, so hätte sich das Personal nur an seinen vorgesetzten Betriebsinspektor wenden sollen. Sollte der Mißstand noch bestehen, so würde er durch unsere Kontrollbeamten jedenfalls bald beseitigt werden. Wenn das Hilfspersonal nur stundenweise zum Dienst der Bahnsteigschaffner verwendet wird, dann genügt auch die Untformmütze, und die muß das Hilfspersonal ja immer tragen.

Herr Schmidt hat ferner geklagt, daß in Lauda keine Arbeiterwohnungen, dagegen Beamtenwohnungen errichtet worden seien. Es darf aber da nicht außer Acht gelassen werden, daß die Arbeiter in der Regel am beschäftigungsort zugehen, oder wenigstens daselbst bleibend beschäftigt werden; die Beamten dagegen werden von der Verwaltung dahin versetzt. Hier hat die Verwaltung ein größeres dienstliches Interesse, für Wohnungen zu sorgen, und hat deshalb zunächst Wohnungen für Beamte erstellt. Dies ist indirekt auch den Arbeitern zugute gekommen, indem Privatwohnungen frei geworden sind.

Abg. **Lehmann**: Es ist nicht das erste Mal, daß die Eisenbahner sich mit ihren Wünschen an die Kammer wenden. Diesmal haben wir Petitionen fast von allen Kategorien. Fast ein Dutzend Redner hat darüber gesprochen, und keiner hat gesagt, die Wünsche seien ungerechtfertigt. Es wird wohl auch keiner der nachfolgenden Redner anders sprechen. Die Kammer ist einig darin, daß etwas geschehen müßte. Der Abg. Muser hat gesagt, daß unsere Anträge, jetzt schon gewissen Beamten höhere Löhne zu bezahlen, die schöne Einigkeit der Kammer störten. Nach den bisherigen Erfahrungen und den Erklärungen des Herrn Generaldirektors ist von der Ueberweisung zur Kenntnisnahme wenig zu erwarten. Ich befürchte sehr, daß der neue schleierhaft angedeutete Lohntarif nicht die gewünschte Befriedigung bringen wird.

Ich bin sehr erfreut gewesen, daß gestern ein Mitglied vom Zentrum, der Abg. Duffner, zur Begründung einer Lohnerhöhung für die Arbeiter betont hat, daß die Lebensmittel teurer geworden sind. Ich meine, dieser Umstand, an welchem die Zentrumspartei nicht unschuldig ist, hätte schon längst für das Zentrum und die Regierung ein Grund sein können, die schon längst notwendige Lohnerhöhung vorzunehmen. Es muß ausgesprochen werden, daß die Staatsbetriebe weder in Baden noch in sonst einem Staate Musterbetriebe sind, und daß die Worte des preußischen Königs, daß der Staatsbetrieb ein Musterbetrieb sein sollte, noch nirgends zur Wahrheit geworden ist. Der immer angeführte Grund, daß wir kein Geld haben, ist einfach hinfällig, denn dieser Einwand wurde auch gemacht, als wir noch, wie man zu sagen pflegt, in Geld schwammen. Die Vertröstung mit der allgemeinen Gehaltstarifsrevision trifft auch für die Arbeiter gar nicht zu, denn diesen kann von heute auf morgen eine Lohnerhöhung gewährt werden, ohne daß der Gehaltstarif geändert werden muß. Die Staatsregierung kann überhaupt ihre Betriebe nicht zu Musterbetrieben machen, weil sie nicht aus ihrer kapitalistischen Haut hinaus kann, ohne daß sie sich die Großindustriellen auf den Hals hetzen würde. Wenn ein Staatswesen nicht anständige Löhne zahlen kann, wie sollte es dann die Privatindustrie können? Wenn der Abg. Hergt gesagt hat, daß die Regierung getan habe, was sie tun konnte, so ist das einfach nicht wahr, denn die Regierung hat garnichts getan. Sehen Sie sich doch einmal jene Erhebungen an, die die Arbeiter selbst veranstaltet haben. Es ist hier die Behauptung aufgestellt worden, daß die von der Generaldirektion aufgestellte Statistik nicht stimmt, und die Widerlegung des Herrn Generaldirektors hat mich noch nicht überzeugt, daß er völlig im Recht ist. Die Arbeiter trauen auch nicht dieser Statistik, und deshalb haben die beiden Verbände der Eisenbahner eine eigene Statistik aufgemacht. (Redner teilt einige Zahlen daraus mit.) Wenn Sie die Statistik durchgehen, dann werden Sie finden, daß selbst die Frauen und Kinder mitarbeiten müssen, weil der geringe Verdienst des Familienhauptes nicht ausreicht. Für Heidelberg ist eine Statistik für 38 Maschinenhausarbeiter aufgemacht worden. Das Durchschnittslebensalter ist 33,6 Jahre, die Tagelöhne betragen 2,50 bis 2,30 M., der Durchschnittstagelohn 2,81 M., die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 72 Stunden, und es tragen dort die Kinder ebenfalls zum Erwerbe bei. Von den 38 Arbeitern waren 28 verheiratet und von diesen trugen 24 Frauen, und zwar 6 im und 18 außer dem Hause, zum Erwerbe mit bei. Man könnte den Einwand machen, wenn die Arbeiter so schlecht bezahlt sind, warum drängen sie sich dann in die Staatsbetriebe? Was die Arbeiter in erster Linie beunruhigt, das ist die Unsicherheit der Existenz, und dieses fällt im Staatsbetrieb bis zu einem gewissen Grade hinweg. Ich bin begierig, was eigentlich zur Begründung der zwölfstündigen Arbeitszeit seitens der Generaldirektion vorgetragen wird. Ich kann ihr sagen, daß bei den Erörterungen gestern und vorgestern mein Empfinden für die Herrn vom Regierungstisch manchmal von Mitleid nicht ganz frei war.

Die Anschauung, als ob durch die Akkordarbeit die Arbeiter mehr verdienen würden, ist auch nicht zutreffend. Bezeichnend für den Geist der Generaldirektion ist, daß, wenn man die Akkordpreise heruntersetzt, man erklärt die Arbeiter sollten rascher arbeiten. Man hat bei der Einführung neuer Maschinen die Akkordsätze herabgesetzt, da diese rascher arbeiten, zugleich auch diese Maßregel bei den alten Maschinen eingeführt und dann den Arbeitern zugemutet, sie sollen eben die alten Maschinen entsprechend rascher laufen lassen. Es ist das gerade so, wie wenn man den Herrn von der Regierung zumuten würde, daß sie ihre Feder rascher über das Papier sollten gleiten lassen. Es besteht die Bestimmung, daß die Arbeiter über 40 Proz. hinaus bei der Akkordarbeit nicht verdienen dürfen. Der angebliche Zweck der Akkordarbeit, den Arbeiter durch Aussicht auf einen möglichst hohen Gewinn seiner Arbeit zum Fleiße anzuregen, kann aber hier gar nicht auch nur annähernd erreicht werden. Es wird dem Arbeiter lediglich eine Fata morgana vorgespiegelt. Wenn die Akkordarbeit irgendwo unangebracht ist, dann ist es gerade im Eisenbahnbetrieb, wo die Güte der Arbeit das Entscheidende sein sollte, weil diese für die Sicherheit maßgebend ist. Akkordarbeit ist Mordarbeit! sagt ein leider nur zu wahres Sprüchwort. Und seit Jahrzehnten führen die Arbeiter einen heftigen Kampf gegen dieses Entlohnungssystem, weil sie wissen, daß die Akkordarbeit das Mittel ist, den letzten Tropfen Arbeitskraft aus dem Arbeiter heraus zu pressen. Die schnellere Fertigstellung eines Arbeitsstückes geschieht auf Kosten

seiner Solidität. Deshalb ist man in Privatbetrieben, wo es auf die Sauberkeit der Arbeit ankommt, von der Akkordarbeit abgekommen. Die Unterstellung, daß die Arbeiter bei der Bezahlung nach Zeit faulenzten, ist eine Beleidigung.

Wie bescheiden die Arbeiter in ihren Forderungen sind, ergibt sich daraus, daß die Forderungen der Arbeiter nicht über eine 10prozentige Lohnerhöhung hinaus gehen. Die Wagenaufschreiber z. B. im Mannheimer Rangierbahnhof, die zu den besser qualifizierten Arbeitern gehören, fordern eine Festsetzung ihrer Löhne nach folgenden Sätzen: Der Mindestlohn soll anfänglich 3 M. 40 Pf. betragen, nach 1 Jahr 3 M. 60 Pf., nach 6 Jahren 3 M. 80 Pf. und nach 9 Jahren 4 M. 20 Pf. Wer die Verhältnisse und Löhne in Mannheim kennt, wird diese Forderungen als sehr bescheiden bezeichnen müssen. Es ist nicht angenehm, aber bezeichnend, die Generaldirektion hierzu erst drängen zu müssen. Wenn man mit der Bezahlung der Arbeiter die der einzelnen Beamtenkategorien vergleicht, so fällt einem auf, daß die Unterbeamten manchmal noch schlechter gestellt sind als die Arbeiter, wenigstens bezüglich der Arbeitszeit. So haben die Bremser, welche nicht minder angestrengt sind wie andere Beamte, einen Lohn von 2 M. 20 Pf. an täglich, so daß sie auf 800 M. jährlich kommen. Rechnet man dazu noch 500 M. Fahrgebühren, so ergibt sich ein Jahreseinkommen von 1300 M. Es fehlen also mindestens 200 M. zu dem, was eine Familie bei normalen Verhältnissen notwendig braucht, einschließlich desjenigen, war der Bremser gelegentlich seiner Fahrten verzehren muß. Es bleibt deshalb nichts übrig, als daß entweder bei Verzicht auf alle Genüsse, die Geld kosten, eine Unterernährung stattfindet oder daß die Frau den fehlenden Verdienst bringen muß. In Offenburg wohnen von 80 Bremsern 50 auf dem Lande, weil sie die hohen Mietpreise in der Stadt nicht zu zahlen vermögen und deshalb lieber noch in der Nacht 1 Stunde Wegs machen. Wenn die Bremser nun so schlecht bezahlt werden, so ist unerklärlich, wie Remunerationen an Beamte gewährt werden können, die sie gar nicht verdienen. Ich möchte hierüber eine Auskunft der Generaldirektion haben. Der Betriebsinspektor in Mannheim soll z. B. nach einer mir glaubhaft gemachten Mitteilung 1200 M. erhalten. (Zuruf: Ist ja gestrichen worden von der Budgetkommission. Heiterkeit.) Ich bin nicht in der Budgetkommission und habe die umfangreichen Berichte ebensowenig wie die übrigen Mitglieder des Hauses Zeile für Zeile lesen können. Ich will aber anerkennen, daß die Budgetkommission hier gerechter war als die Regierung. Ein Anlaß zur Heiterkeit liegt jedenfalls hier, wo es sich um ernste und berechtigte Forderungen von Eisenbahnangestellten handelt, nicht vor. Die Tatsache bleibt jedenfalls bestehen, daß die Bezahlung der Arbeiter und Unterbeamten in keinem Verhältnis steht zu der Bezahlung der Oberbeamten.

Der Herr Generaldirektor hat heute gesagt, wenn Beamte Beschwerden hätten, so sollten sie sich nur an die vorgesetzten Behörden wegen Abhilfe wenden. Ich gebe zu, daß die Generaldirektion kein Interesse daran hat, den einen Beamten gegenüber dem andern zu bevorzugen. Im allgemeinen ist sie aber doch geneigt, den oberen Beamten mehr zu glauben als den unteren und die Autorität der ersteren aufrecht zu erhalten, den unteren Beamten aber unrecht zu geben. Daß die Arbeiter es deshalb nicht gern wagen, Beschwerden anzubringen, ist allgemein bekannt, wenn sie sehen, wie auf ihre Beschwerden nichts getan wird. Ich will nur hier einen Fall anführen, ohne den Namen des betr. Beamten und die Station zu nennen. Auf einer Station der Rheintalbahn ist ein Bahnmeister, der in der ganzen Umgegend dafür verschrieen ist, daß er seine Worte nicht besonders wählt. Er ist vor einiger Zeit unter dem Verdacht, ein Sittlichkeitsverbrechen an dem Kinde eines Bahnwarts verübt zu haben, verhaftet, aber dann wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Dieser Beamte hat einen Weichenwärter so behandelt, daß die Leute der ganzen Umgegend sich darüber empört haben. Als sich dieser Weichenwärter beschwerte, war die Folge, daß er wegen eines Dienstvergehens mit 3 M. bestraft wurde. Ich führe das zugleich zum Beweis dafür an, daß unsere Reglements so sind, daß man dagegen verstoßen muß. Ein Bahnwart der Strecke mußte früher diese 100 m aufwärts und abwärts unterhalten. Der Bahnmeister hat diese von dem Bahnwart zu unterhaltende Strecke einfach auf 1000 m erhöht. Nun fahren aber 80 Züge täglich über die Strecke, sodaß der Bahnwärter keine Zeit hat, auch noch die Strecke auf die Betriebssicherheit zu untersuchen. Man sieht hier, wie gefährlich es ist, die Betriebssicherheit auf Kosten der Sparsamkeit wahren zu wollen. Das beweisen die Eisenbahnunfälle der letzten und früheren Jahre. Das Unglück Hugstetten hat sich ereignet, weil nicht genügend Bremser vorhanden waren. Es liegt zwar lange zurück, gelernt hat man aber aus dem Unglück nichts, denn auch an dem Heidelberger Unglück ist nichts anderes Schuld als der Mangel an Personal. Wir sollten umsoweniger sparen, als wir ja, wie der Generaldirektor heute erklärt hat, eine Anzahl von Beamten übrig haben.

Auch die Verwendung der Beamten läßt viel zu wünschen übrig. Hier könnte manche bessere Regelung getroffen und den Beamten ihr Dienst mehr erleichtert werden. Auch glauben die Beamten, daß manchmal ein verwerfliches Sparsystem herrsche, z. B. ging der Zug Nr. 6750 von Maxau 11 Uhr 30 Min. nachts ab und kam in Karlsruhe 11 Uhr 59 Min. an, d. h. sollte fahrplanmäßig hier eintreffen. Er kam aber regelmäßig später. Die Beamten behaupten nun, diese Verspätung sei nicht zu vermeiden gewesen, und man habe die Fahrzeit absichtlich so knapp bemessen, weil, wenn der Zug nach 12 Uhr angekommen wäre, den Angestellten Fahrgebühren hätten bezahlt werden müssen. Ich stelle anheim, ob es sich nicht empfiehlt, hier eine Aenderung eintreten zu lassen. Solche Kleinigkeiten geben zu großer Unzufriedenheit Anlaß.

Ich habe mich kurz gefaßt und nur vorgetragen, was mir wichtig schien. Wenn die Regierung nicht bald mit ihrem Lohntarif herauskommt und den Anforderungen der Arbeiterschaft entspricht, wenn nicht bald mehr etatmäßige Beamte angestellt werden, dann dürfen Sie überzeugt sein, daß im nächsten Landtag niemand mehr den Versicherungen des Wohlwollens der Regierung glauben wird. Wir sprechen hier im Namen der kleinen Leute ohne Unterschied der Religion oder der Parteistellungen. Der Abg. Schmidt glaubte gestern konstatieren zu müssen, daß die von ihm vertretenen Arbeiter monarchisch und christlich gesinnt seien. Wir sprechen auch für diese Leute. Sie dürfen monarchisch sein bis auf die Knochen und zweimal täglich in die Kirche gehen, es kommt nur darauf an, ob sie bedürftig sind. Die Herren vom Zentrum müßten mit demselben warmen Herzen auch für die Arbeiter eintreten, die auf dem Standpunkt des Grafen Hoensbroech stehen oder zu den Anhängern des Professors Böhtlingk zählen. Die Hebung der Lage der Arbeiter und Unterbeamten ohne konfessionelle oder politische Unterschiede ist das zunächst zu erreichende Ziel.

Abg. Dr. **Binz**: Wenn auf dieser Seite des Hauses bis jetzt wenig Redner, ich glaube nur einer, zu Worte

gekommen sind, so mögen Sie diesen Umstand nicht auf mangelndes Interesse zurückführen. (Zuruf von den Sozialdemokraten: aber auf mangelndes Verständnis für die Anliegen der Petenten.) Wir waren in der glücklichen Lage, aus unserer Mitte den Berichterstatter zu stellen; es ist anerkannt worden, daß der Bericht von so warmem Interesse für die Petenten getragen ist, daß man zur gerechten Würdigung etwas weiteres kaum hinzufügen kann. Aus dem Munde des Berichterstatters hat gewiß die Befürwortung der Gesuche der Petenten doppeltes und dreifaches Gewicht.

Die Rede des Abg. Lehmann könnte Anlaß geben, gewissermaßen eine zweite Auflage der Generaldebatte hervorzurufen. Lehmann darf sich der großen Nachsicht des Herrn Präsidenten in diesem Falle rühmen, er hat jedenfalls keinen Anlaß, sich zu beklagen. Ich will ihm auf die verschiedenen Gebiete, die er angeschnitten hat, und die geeignet waren, eine Generaldebatte zu provozieren, im einzelnen nicht folgen. Er sprach von dem Eisenbahnunglück vor 18 Jahren und von Unfällen in neuerer Zeit, betrübenden Vorkommnissen, über die seiner Zeit hier im Hohen Hause sehr ausführlich gesprochen worden ist. Die Ursachen sind vor aller Oeffentlichkeit dargelegt worden, sodaß jedermann in der Lage war, sich ein Urteil zu bilden. Umsomehr habe ich bedauert, daß nun Lehmann schlankweg behauptet, übertriebene Sparsamkeit sei die Ursache jener betrübenden Unfälle gewesen. Ich enthalte mich einer weiteren Kritik dieser kaum zu verantwortenden Behauptung. Auch will ich weitere Ausführungen nicht machen gegenüber den von Lehmann nach beliebter Art der Herren Sozialdemokraten gegen die sogenannte kapitalistische Gesellschaft gerichteten Angriffen. Da handelt es sich doch um Ladenhüter, mit den man uns nachgerade verschonen könnte. (Unruhe, Lachen bei den Sozialdemokraten). Die Sozialdemokraten hätten allen Grund, mit diesen Phantomen nicht immer wieder in der Oeffentlichkeit zu paradieren. Man hat ja gerade in neuester Zeit einigen Begriff über die Zustände bekommen, wenn an Stelle dieser sogenannten kapitalistischen Gesellschaft eine sozialdemokratische Herrschaft ans Ruder käme. (Lachen bei den Sozialdemokraten.).

Der Abg. Lehmann hat aber auch mit der Bescheidenheit, wie sie den Herren Sozialdemokraten eigentümlich ist, den übrigen Parteien des Hohen Hauses vorgeworfen, — wenn sie sich über Arbeiterverhältnisse aussprechen, nach bestem Wissen und Gewissen und in durchaus freundlichem Sinn, — sie hätten gesprochen wie die Blinden von der Farbe. Ich weise dies zurück und bestreite dem Abg. Lehmann das Recht zu derartigen Redewendungen. Ich weiß ja, daß die Sozialdemokratie Anspruch auf Ueberintelligenz erhebt und glaubt, alle anderen als dumme Leute behandeln zu können. Dies ist man außerhalb der Parlamente gewöhnt. Innerhalb der Parlamente muß man sich einige Schranken auferlegen. Wir sind alle Vertreter des gesamten Volkes und sind verpflichtet, das Wohl des gesamten Volkes, also auch das des Arbeiterstandes zu fördern. Wir bestreiten der Sozialdemokratie das Recht, hier den verfassungswidrigen Anspruch zu erheben, sich ausschließlich als Vertreter der Arbeiterschaft hinzustellen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie sind hier genau wie wir Vertreter der Arbeiter, Sie sind und sollen sein Vertreter des gesamten Volks. Es würde sehr nahe liegen, an den vielen gänzlich haltlosen, zum Widerspruch herausfordernden Ausführungen des Abg. Lehmann Kritik zu üben. (Abg. Süßkind: Tun Sie's doch!) Ich wiederhole, ich kann und will auf diese Auslassungen nicht im einzelnen eingehen. Aber sie werfen ein charakteristisches Licht auf die ganze Art, wie Lehmann das Material behandelt. (Abg. Dr. Wilckens: Sehr richtig!) Es ist im Bericht die Erklärung der Regierung enthalten darüber, wie es komme, daß für gewisse Arbeiten die Einheitssätze heruntergesetzt worden sind. Es wurde dies von der Regierung damit erklärt, daß Arbeitsmaschinen eingeführt seien, die eine viel höhere Arbeitsleistung dem Arbeiter ermöglichen. Ist das nicht eine klare, durchschlagende Beweisführung? Hat Lehmann hiergegen nur ein einziges verständiges Wort sagen können? Er hat uns zugemutet, anzuhören, das sei gerade so, wie wenn man von jemand, der die Feder zu führen hat, verlangte, er solle viel schneller schreiben, als er bisher gewöhnt war!

Diese Gegenüberstellung des Abg. Lehmann und dieser Ausfluß einer Intelligenz, die nicht diejenige des Blinden von der Farbe ist, will ich dem Urteil des Hohen Hauses und der Oeffentlichkeit überlassen.

Der Abg. Lehmann hat in denkbar schärfsten Worten sich gegen die heutigen Ausführungen der Regierungsvertreter gewendet, allerdings nur in allgemeinen Worten. Ich muß sagen, daß ich mich über die heutigen, aufklärenden, durchaus sachlichen und beherzigenswerten Ausführungen des Herrn Generaldirektors außerordentlich gefreut habe. (Abg. Eichhorn: Selbstverständlich.) Ja selbstverständlich, weil ich die Ueberzeugung gewonnen habe, daß diese Ausführungen, die sich auf die nicht bloß von den badischen Kontrollbehörden, sondern vom Reich kontrollierten Materialien stützen, im Zusammenhang mit dem, was der Herr Generaldirektor in der Budgetkommission mitgeteilt hat, geeignet sind, alle Verdächtigungsversuche in nichts zerfließen zu lassen. Der überwiegende Teil des Hohen Hauses wird mit sich darüber im Klaren sein, daß man gegenüber dem, auf amtliches, mehrfach kontrolliertes Material gegründeten Ausführungen des Generaldirektors nicht lediglich mit wegwerfenden Redewendungen kommen und der Regierung absprechen kann, daß sie von wohlwollender Gesinnung gegenüber den Anliegen der Petenten beseelt sei. (Abg. Süßkind: Kinderarbeit unter 14 Jahren.) Wir haben gesetzliche Bestimmungen über die Beschäftigung der Kinder. Und wenn der Versuch so oft gemacht wird, das Wort „Wohlwollen" als etwas hinzustellen, das man heutzutage gegenüber der Regierung nicht mehr ernst nähme, so möchte ich auch einmal dazu ein Wort bemerken. Wenn mich ein Mann, der oberflächlich zu urteilen pflegt, der sich der Verantwortlichkeit für die Erfüllung seiner Pflichten nicht bewußt ist, der sich nicht die Mühe gibt, die realen Dinge zu erkennen und zu verstehen, seines Wohlwollens versichert, so lache ich darüber. Wenn mich ein Mann seines Wohlwollens versichert, von dem ich weiß, daß er nur in großen Reden sich zu ergehen pflegt, daß er aber im übrigen nicht gewohnt ist, den Dingen auf den Grund zu gehen, gar nur eigensüchtige Interessen verfolgt, dann verachte ich einen solchen Mann. Wenn ich aber auf Grund von Tatsachen überzeugt sein darf, daß ein Mann es ernst nimmt mit seinen Pflichten, daß er als Vorgesetzter die Interessen der Untergebenen zu wahren bemüht ist und sich solidarisch fühlt mit dem gesamten Personal, dann sage ich, daß aus seinem Munde ausgesprochen, das Wohlwollen kein leeres Wort ist, sondern die Bürgschaft dafür, daß die Anliegen als berechtigte erkannt und mit allem Ernst der Erfüllung entgegengeführen werden. Wenn der Abg. Lehmann heute sich sogar zu dem Satz aufgeschwungen hat, daß — trotz der Erklärungen des Generaldirektors, aus denen doch ein Entgegenkommen zu entnehmen war — von der Regierung mit Beziehung auf die Wünsche der Petenten wenig zu erwarten sei, so könnte diese Aeußerung wenigstens außerhalb des Hohen Hauses so ausgelegt werden, als ob

Lehmann gar nicht wünschte, daß die Anliegen der Petenten von der Regierung erfüllt werden. Selbstverständlich bin ich weit davon entfernt, zu behaupten, daß dies seine Absicht war.

Ich komme nun zu den einzelnen Petitionen selbst. (Abg. Süßkind: Endlich! Unruhe bei den Sozialdemokraten. Glocke des Präsidenten. Der **Präsident** bittet, den Redner nicht zu unterbrechen.) Schon im letzten Landtage habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß nicht alle Beamten und Bediensteten Petitionen an dieses Haus eingereicht haben. Ich habe darauf hingewiesen, daß gegenüber diesen zahlreichen Petitionen sehr leicht die Meinung Platz greifen könnte, als ob man heutzutage in Baden als Beamter nichts erreichen könne, wenn man nicht petitioniere. Schon auf dem letzten Landtag hat die Regierung mir zugestimmt, daß selbstverständlich bei der Gehaltsrevision nicht nur die von den Petenten vorgetragenen Wünsche, sondern in ganz gleicher Weise auch die berechtigten Interessen der Nichtpetitionierenden gebührende Berücksichtigung finden werden. Es dürfte vielleicht die Hervorhebung dieser Tatsache dazu beitragen, daß künftighin die Zahl der Petitionen sich etwas verringert, denn darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit, daß es an und für sich eine bedauerliche Tatsache ist, daß selbst dann Petitionen eingereicht werden, wenn von vornherein feststeht, daß alle beteiligten Faktoren gewillt sind, so bald irgend möglich dem Anliegen zu entsprechen. Von den Petitionen, die eingereicht worden sind, möchte ich nur einige herausheben, weil Abordnungen der bezüglichen Vereinigungen auch bei mir vorgesprochen haben. Wohl ist manchmal bei diesen Aussprachen durchgeklungen, daß innerhalb der Kreise der betreffenden Bediensteten sich auch Leute befinden, die meinen, sie würden nur dann Befriedigung ihrer Wünsche erlangen können, wenn sie sich die Manieren der Herren aneignen, die in den sozialdemokratischen Versammlungen zu sprechen pflegen. Ich habe niemals verfehlt, den betreffenden Herren zu sagen, daß diese Dinge an und für sich mit der Politik nichts zu tun haben. Auch Abg. Lehmann hat sich auf diesen Standpunkt gestellt, was ich anerkenne. Daß es verächtliche Gesinnungslosigkeit wäre, seine politische und monarchische Ueberzeugung wegen solcher Fragen preiszugeben, haben die Herren, die bei mir vorsprachen und auf gewisse Treibereien hinwiesen, unumwunden anerkannt. Auch die Herren von der sozialdemokratischen Partei teilen ja diese Ansicht.

Ich hoffe, daß die Verhandlungen des Hauses in allen objektiv denkenden Kreisen die Ueberzeugung hervorrufen, daß wir alle darüber einig sind, was zu geschehen hat, und daß es sich nicht um eine Angelegenheit handelt, die das Monopol einer einzelnen Partei bildet. Ich möchte namentlich die Anliegen der Bremser, Bureaugehilfen, der Schaffner und Oberschaffner, die alle in der Budgetkommission eine entgegenkommende Würdigung erfahren haben, der Regierung warm zur Berücksichtigung empfehlen. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß ich eine ausnahmsweise Behandlung dieser Anliegen verlange.

Daß ich auch bezüglich der Etatisierung und Stabilisierung auf einem durchaus entgegenkommenden Standpunkt stehe, brauche ich kaum zu versichern. Als es sich darum handelte, für die hiesigen städtischen Arbeiter hier eine Arbeiterpensionskasse einzurichten, war ich ein warmer Befürworter dieser neuen Einrichtung und ist es daher selbstverständlich, daß ich ebenso den Wünschen von Leuten gegenüberstehe, die ihre ganze Arbeitskraft dem Staate dauernd widmen. Es ist ganz richtig, daß für die Arbeiter dies die größte Sorge bildet, daß sie oft keinen sicheren Boden unter den Füßen haben und deshalb vor Allem eine Sicherung ihrer und ihrer Familie Zukunft wünschen. Ich weiß wohl, welche Schwierigkeiten seitens der Eisenbahnverwaltung zu überwinden sind. Aber die Erfüllung dieser Anliegen muß das Ziel bleiben.

Im Uebrigen stehe ich auf dem Standpunkt der Kommissionsbeschlüsse und ich hätte bedauert, wenn ein weitergehender Antrag Anklang im Hohen Hause gefunden hätte. Wir haben in der Kommission alle Wünsche eingehend beraten und dabei gefunden, daß viele sowohl sehr berechtigt als auch dringend sind, andere dagegen wieder zwar berechtigt, aber nicht dringend sind. Es darf auch nicht verschwiegen werden, daß in der einen oder anderen Petition Unrichtigkeiten unterlaufen sind. Die Kommission hat jedenfalls sämtlichen Petitionen gegenüber eine so wohlmeinende und freundliche Haltung eingenommen, daß kein Grund vorlag, weiter als die Kommission selbst zu gehen. Wir würden auch das Votum des Hauses auf empfehlende Ueberweisung in seiner prinzipiellen Bedeutung abschwächen, wenn wir unter solchen Umständen — gewissermaßen in einen gegenseitigen Wettlauf der Parteien — einen anderen Weg gingen. Schon gelegentlich der General-Debatte wurde vom Kollegen Hergt der Gedanke erörtert, ob es nicht angängig sei, anläßlich der Revision des Gehaltstarifs die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Eisenbahnverwaltung besonders zu behandeln. Es wurde aus der Mitte des Hauses diesem Gedanken widersprochen, und auch ich muß gestehen, daß die dagegen geltend gemachten Bedenken immerhin Beachtung verdienen. Ich bin ferner der Meinung, daß wir alle als gewissenhafte Volksvertreter, die mit dem Wohle des Ganzen zu rechnen haben, auch die Lage unseres Staatshaushalts im Auge behalten müssen. Ich habe es deshalb auch nicht bedauert, daß jüngst der neue Herr Finanzminister gegenüber gewissen unlauteren Treibereien — ich erinnere an den Fall des Grenzaufsehers — ein scharfes Wort gefunden hat. Jenes Wort hat, wie ich glaube, im ganzen Lande lebhaften Widerhall gefunden. Ebenso wenig bedaure ich, daß der Herr Finanzminister gegenüber Wünschen, die sich als offenbar unbegründet erwiesen, eine kräftige Sprache gefunden hat. Gegenüber berechtigten Wünschen ist tatkräftiges Wohlwollen am Platze. Dagegen kann es nur begrüßt werden, daß da, wo unberechtigte Zumutungen an den Staat herantreten, auch vom Regierungstisch ein kräftiges Wort gefunden wird. Ich möchte das Haus bitten, möglichst einstimmig die Anträge der Kommission anzunehmen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Während der Rede des Abg. Dr. Binz hat Zweiter Vizepräsident Dr. Heimburger den Vorsitz übernommen.

Abg. Dr. **Weiß**: Es war eigentlich meine Absicht, speziell zu einigen Petitionen zu sprechen, die mir von den Interessenten persönlich näher gebracht und eingehend begründet worden sind; es sind dies die Petitionen der Schaffner und Oberschaffner, der Lokomotivbeamten, der Kanzlei- und Rechnungsgehilfen, der Bediensteten und Arbeiter. Ich kann nun aber mit Befriedigung sagen, daß die Kommission diese Petitionen einer so gründlichen und wohlmeinenden Würdigung unterzogen hat, daß ich nur Bekanntes wiederholen würde, wenn ich auf einzelnes noch einmal einzinge. In der Hauptsache hat die Kommission diejenigen Forderungen, die zurzeit erfüllbar sind, so warm befürwortet, daß die beantragte Ueberweisung zur Kenntnisnahme einer empfehlenden Ueberweisung völlig gleichkommt. Ich möchte nur den Wunsch aussprechen, daß die Großh. Regierung auch den Weg findet, die Vorschläge der Kommission baldigst zu verwirklichen. Und ungerecht wäre es, wenn ich diesen Wunsch auf die von mir genannten Petitionen beschränken wollte. Auch aus den andern Petitionen hat

die Kommission Veranlassung zu wohlbegründeten Vorschlägen genommen, und ich hoffe, daß die Großh. Regierung auch diesen entgegenkommen wird. Was — allgemein betrachtet — die Notwendigkeit einer Aufbesserung einzelner Kategorien des Personals betrifft, so sind die Zahlen der Großh. Regierung bezüglich des Verhältnisses der persönlichen Ausgaben bei den badischen Bahnen gegenüber denen bei andern Bahnen hier im Hause scharf angegriffen worden. Ich glaube, die heutigen Darlegungen des Herrn Generaldirektors haben für jeden Vorurteilslosen die erhobenen Zweifel an der Richtigkeit der amtlichen Zahlen zerstreut. Aber ich kann auch der Vergleichung mit andern Bundesstaaten gar keinen so großen Wert beimessen. Es ist verschiedentlich schon darauf hingewiesen worden, daß der standard of life in unserm Lande höher sei als in manchen andern Bundesstaaten, und es ist diese Tatsache auch schon bei andern Veranlassungen von dem Hohen Hause — ich glaube einstimmig — anerkannt worden. Ich erinnere nur an die Verhandlung über die Ausgleichung der Einquartierungslasten auf dem vorigen Landtag. Wie aber der Vergleich mit andern Bundesstaaten nicht gegen Aufbesserungen bei uns verwertet werden kann, so taugt er auch nicht als Argument für dieselbe. Denn es ist nicht ausgeschlossen, daß in einzelnen Gegenden des Reiches die Lebenshaltung noch höher ist als bei uns. Wir dürfen die Erfordernisse für unser Personal nur nach den Verhältnissen im Lande selbst beurteilen; wir müssen fragen, ob das Einkommen eines Mannes seiner Arbeitsleistung und Vorbildung einerseits, seiner sozial notwendigen Lebenshaltung anderseits entspricht. Und da werden die Vorschläge der Kommission als wohl begründet erscheinen. Was die Möglichkeit ihrer Durchführung betrifft, so ist es ja fatal, daß wir nicht zu Anfang der Session eine allgemeine Finanzdebatte hatten, die die Lage des Staatshaushalts besser geklärt hätte. Es hat aber auch wieder sein Gutes. Wir haben jetzt auf verschiedenen Gebieten gesehen, wie viel Notwendiges am Geldmangel ein Hindernis findet. Das verweist uns gebieterisch darauf, bei der nachträglichen Erörterung der Finanzlage Mittel und Wege zu suchen, auf eine oder die andere Weise aus dieser erbärmlichen Wirtschaft herauszukommen.

Was speziell diejenigen Wünsche betrifft, die mit der Revision des Gehaltstarifs zusammenhängen, so muß ich sagen, ich begreife ja, daß die Großh. Regierung eine gewisse Scheu empfindet, an diese Revision heranzutreten, die ja eine Flut von Wünschen entfesseln wird. Und ich gebe vollständig zu, daß jetzt keine Zeit ist, die etwa eine Besserstellung der Beamten im allgemeinen ermöglichen würde. Man kann nur darauf abheben, die Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, die sich als vorhanden erwiesen haben, zu beseitigen; das aber gründlich. Es dürfen dabei nicht diejenigen, die jetzt einen Vorsprung haben, wieder einen solchen erhalten; sie dürfen aber ebensowenig relativ zurückbleiben, indem anderen bei gleichen berechtigten Ansprüchen weiter aufgebessert werden. Denn sonst setzen neue Wünsche sofort wieder ein, und wir kommen in einen circulus vitiosus, dessen Konsequenzen unabsehbar sind. Wenn aber die Revision des Gehaltstarifs lediglich als ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit betrachtet wird, so kann und darf die Finanzlage keinen Grund zu deren weiterer Verschiebung abgeben. Wenn die Großh. Regierung dies anerkennen wollte, so glaube ich, sie könnte trotz der auch von mir nicht verkannten Schwierigkeit der Arbeit eine Vorlage für die nächste Session versprechen. Dann würden auch alle diejenigen, die mit berechtigten Anliegen jetzt auf diese Revision vertröstet werden müssen, nicht das Gefühl haben, lediglich einen sog. Hoftrost zu empfangen, sondern sie würden sich gerne dabei bescheiden, in der Ueberzeugung, daß ihre Sache auf gutem Wege sei.

Abg. Dr. **Wilckens**: Es ist im Verlauf der heutigen Debatte anerkannt worden, daß die Petitionen von der Kommission in der wohlwollendsten Weise beurteilt worden sind. Abg. Muser hat gemeint, daß man wärmer, als es die Kommission getan, die Sache überhaupt nicht hätte behandeln können. Daß also materiell geschehen ist, was geschehen konnte, darüber kann keine Meinungsverschiedenheit bestehen. Es sind aber Zweifel darüber aufgetaucht, ob der Antrag der Kommission formell der richtige sei. Es haben insbesondere die Herren von der Sozialdemokratie mit Ausnahme Eichhorns einen Antrag eingebracht, wornach sie die Petitionen der Arbeiter der Großh. Regierung empfehlend überwiesen haben wollen. Nach meiner Ansicht ist aber zu einer differenziellen Behandlung kein Grund vorhanden. Die Petitionen aus Beamtenkreisen scheinen mir nicht minder der Berücksichtigung wert, als die Arbeiterpetitionen. Man muß daher alle entweder zur Kenntnisnahme oder empfehlend überweisen. Die Kommission hat die Ueberweisung zur Kenntnisnahme beantragt mit Zustimmung des Abg. Eichhorn, weil es den bisherigen Gepflogenheiten der Kammer nicht entspricht, Anliegen, die noch einer näheren Prüfung der Großh. Regierung bedürfen, ihr ohne weiteres empfehlend zu überweisen. Bei einer ganzen Reihe der Anliegen ist aber noch eine Prüfung der Berechtigung und der Konsequenzen erforderlich. Dies gilt namentlich für die Petitionen wegen Abänderung des Gehaltstarifs. Es ist für den Landtag keineswegs unbedenklich, einzelne Gehalts-Tarifs-Petitionen herauszugreifen und die Erklärung abzugeben, daß sie geändert werden müssen, ohne daß man sich über die Folgen eines solchen Vorgehens für andere Beamtenkategorien völlig klar ist. Man hat seither mit Recht Bedenken getragen, solche partielle Revisionen ohne Weiteres zu befürworten. Aber auch die von uns als berechtigt anerkannten Wünsche betreffs Vermehrung der etatmäßigen Stellen bedürfen noch einer näheren Prüfung seitens der Großh. Regierung hinsichtlich ihrer Konsequenzen für andere Zweige der Staatsverwaltung. Es dürfte deshalb auch hier Ueberweisung zur Kenntnisnahme das richtige sein. Was die Petitionen aus Arbeiterkreisen anlangt, so kann ich für die Kommission in Anspruch nehmen, daß sie von derselben besonders entgegenkommend behandelt worden sind. Aber auch hier gibt es Dinge, die noch nicht vollständig übersehen werden können. Es sind in den bezüglichen Petitionen auch Wünsche enthalten, die überhaupt nicht als berechtigt anerkannt werden können oder wenigstens zurzeit unerfüllbar sind. Die Kommission hat deshalb Ueberweisung aller Petitionen zur Kenntnisnahme als den seitherigen Gepflogenheiten des Hohen Hauses und der Sachlage am meisten entsprechend erachtet. Ich glaube, wir sollten an diesen Anträgen festhalten. Den Beteiligten kann es doch weniger auf die Form als den Inhalt ankommen. Mit dem Inhalt unserer Anträge können sich aber alle Interessenten zufrieden geben. Es ist von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden, daß unsere Ueberweisung zur Kenntnisnahme eigentlich einer empfehlenden Ueberweisung gleichkomme. Es ist aber weiter gesagt worden, mit dieser Ueberweisung zur Kenntnisnahme erreiche man nichts. Die Erfahrungen der letzten Jahre hätten gezeigt, daß trotz aller Petitionen und trotz aller wohlwollenden Behandlung der Landstände seit langer Zeit für unser Eisenbahnpersonal gar nichts mehr geschehen sei. Dieser Behauptung muß ich indes ganz entschieden widersprechen. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Verbesserungen in Hinsicht auf die Aufhe-

bung der Witwenkassenbeiträge und in Bezug auf das Wohnungsgeld auch den Eisenbahnbeamten zugute gekommen sind. Ich bitte Sie aber einmal, die Berichte über die Erledigung der Petitionen früherer Landtage seitens der Großh. Regierung nachzulesen. Da werden Sie sich überzeugen, daß die Behauptung, es sei für unser Eisenbahnpersonal nichts geschehen, keineswegs begründet ist. Ich habe hier den Bericht des Abg. Armbruster vom Jahre 1900 über die auf dem Landtag 1897/99 der Großh. Regierung überwiesenen Petitionen vor mir. Darunter waren auch acht Petitionen von Eisenbahnern. Da werden Sie die Feststellung finden, daß die Petitionen zum größten Teil entweder durch Anordnungen im Verwaltungswege oder durch Anforderungen im Budget Berücksichtigung gefunden haben. Im Budget war damals insbesondere eine bedeutende Vermehrung der etatmäßigen Stellen vorgesehen, die Kilometer- und Stundengelder wurden erhöht, die Löhne der Bahnhofarbeiter und Bremser wurden aufgebessert usw. Ferner habe ich hier den Bericht des Abg. Zehnter vom Beginn des gegenwärtigen Landtags. Auch in diesem Bericht ist von vielen Eisenbahnpetitionen die Rede. Auch da werden Sie finden, daß in einer ganzen Reihe von Fällen den Wünschen der Petenten entsprochen worden ist.

Ich glaube also, so liegen die Dinge denn doch nicht, daß man bei jeder Gelegenheit uns vorhalten darf, daß seit einer Reihe von Jahren auf dem Gebiet der Eisenbahnverwaltung so gut wie gar nichts geschehen sei. Im Gegenteil, ich glaube, daß die Großh. Regierung, soweit es in ihrer Macht stand, und soweit den Wünschen ohne Abänderung des Gehaltstarifs Rechnung getragen werden konnte, bestrebt gewesen ist, das ihrige zu tun. Wir kommen auch darüber nicht hinweg, daß das Eisenbahnpersonal im Vergleich zu anderen Staatsbahnverwaltungen in Deutschland, wenn man die Bezahlung auf den Kopf der Beamten, Angestellten und Arbeiter zu Grund legt, in Baden verhältnismäßig am besten bezahlt ist. Es ist dies eine Behauptung, die in diesem Hohen Hause schon wiederholt erörtert worden ist. Sie wurde im letzten Landtage vom Herrn Finanzminister aufgestellt, sie ist in den Bericht des landständischen Ausschusses übergegangen und bei Beginn des gegenwärtigen Landtages wieder aufgetaucht. Sie wurde von verschiedener Seite widersprochen, und es hat daher die Budgetkommission die Verpflichtung gehabt, die Großh. Regierung um genaue Auskunft zu bitten. Nun kann ich mich auf das Zeugnis der Mitglieder der Budgetkommission berufen, daß in der Kommission mit der Großh. Regierung eine eingehende Verhandlung über die Sache stattgefunden hat, und daß der Herr Generaldirektor erklärt hat, was er auch heute wiederholte, daß eine sorgfältige Prüfung der betreffenden Zahlen stattgefunden, diese Nachprüfung aber mit geringen Abweichungen die Richtigkeit der in Betracht kommenden Zahlen ergeben habe. Die Budgetkommission hat jedenfalls keinen Anlaß, jetzt noch weiter die Richtigkeit dieser Darlegung zu bezweifeln. Der Abg. Lehmann hat freilich ohne Weiteres erklärt, die Berechnung sei falsch, Baden sei das Land, das seine Leute verhältnismäßig am schlechtesten bezahlt. Derartigen Behauptungen gegenüber ist man in der Tat in einer eigentümlichen Lage, und der Herr Generaldirektor hat ganz recht, wenn er sagt, daß jetzt die Herren, die die Zahlen bezweifeln, den Gegenbeweis erbringen müssen. Es ist gestern sogar gesagt worden, diese Zahlen seien der grimmigste Feind einer Aufbesserung unseres Eisenbahnpersonals. Ich teile diese Meinung durchaus nicht. Ich habe früher schon bei verschiedenen Anlässen die Ueberzeugung ausgesprochen, daß, wenn auch diese Zahlen im vollen Umfang richtig sind, die badische Regierung doch die Hände von einer weiteren Aufbesserung des Personals keineswegs lassen dürfe. Die Zahlen beweisen nur, daß die Verhältnisse bei uns nicht so schlecht sind, wie mitunter behauptet wird. Wir sind auf der anderen Seite aber der Anschauung, daß wir die Bezahlung unseres Eisenbahnpersonals nach unseren besonderen Bedürfnissen einrichten müssen, und da ist allseits anerkannt worden, daß unsere Lebensverhältnisse im Lande, namentlich die Preise der Wohnungen und Lebensmittel, derart sind, daß die Bezüge unseres Personals als ausreichend nicht angesehen werden können. Es muß daher hier eine Aufbesserung eintreten. Sie muß aber nicht bloß eintreten zugunsten der Arbeiter, sondern auch zugunsten der Beamten, und zwar der unteren, mittleren und höheren Beamten. Ich spreche auch jetzt wieder aus, daß, wenn man hier wirklich mit ausgleichender Gerechtigkeit vorgehen will, man sich nicht auf die mittleren oder unteren Beamtenkategorien beschränken, sondern sich dazu entschließen muß, auch für die höheren Beamten etwas zu tun. Wenn Sie die Sätze ansehen, die im Budget gerade für die höheren Beamten sich finden, so werden Sie sich überzeugen, daß auch in den Abteilungen C und D des Gehaltstarifs keineswegs alles befriedigend ist. Ich kann nur hoffen und wünschen, daß unsere Finanzlage in der nächsten Zeit sich so bessert, daß wir in auskömmlicher Weise vorgehen können, nicht nur im Interesse unserer Arbeiter, sondern auch in dem der gesamten Beamtenschaft in der Eisenbahnverwaltung.

Auf die Einzelheiten der Petitionen einzugehen, werden Sie von mir kaum verlangen. Ich habe bereits im gedruckten Bericht die Anschauungen, von denen die Budgetkommission und ich selber ausgehen, dargelegt.

Eine Petition ist noch im Rückstand, sie konnte nicht mehr im Druckbericht behandelt werden, weil sie zu spät einkam. Heute früh wurde sie in der Budgetkommission einer Beratung unterzogen, nachdem die Großh. Regierung eine ausführliche Auskunft gegeben hatte. Es handelt sich um die Petition der badischen Stationsaufseher, die in einer sämtlichen Mitgliedern des Hohen Hauses gedruckt zugegangenen Eingabe darum bitten, daß man wenigstens die älteren Stationsaufseher aus K 1 in die Abteilung J einrücken lasse, wobei sie weiter darauf hinweisen, daß ihr jetziger Urlaub jährlich nur bis zu acht Tagen beträgt, weil sie der Abteilung K des Gehaltstarifs angehören, während sie, wenn sie in J einrücken könnten, jährlich 14 Tage Urlaub erhielten. Der jetzige Zustand sei namentlich für die älteren Beamten eine empfindliche Zurücksetzung. Es sei für sie gar kein Avancement möglich, weil sie, wie es in der Petition heißt, „bis hierher und nicht weiter", das heißt nur bis K 1 gelangen könnten.

Die Auskunft der Großh. Regierung lautet:

Die Stationsaufseher (Billetausgeber 1. Kasse) haben sich bereits in der abgelaufenen Budgetperiode mit einer Eingabe an den Landtag gewendet. Die Erklärung der Großh. Regierung zu dieser Eingabe ist abgedruckt im Bericht der Budgetkommission der Zweiten Kammer über eine Anzahl von Petitionen von Eisenbahnbeamten usw. (Beilage zum Protokoll der 120. Sitzung der Zweiten Kammer vom 3. Juli 1902, Drucksache Nr. 70, Seite 6, Ziffer IV).

Die Stationsaufseher gehen aus den Bahn- und Weichenwärtern hervor. Sie waren in der Regel zuerst längere Zeit als Stationswart verwendet. Um eine größere Zahl von Stationswarten befördern zu können, wurde in der Zeit des zunehmenden Verkehrs, zu welcher den Stationswarten der Bahn- oder Weichenwärterdienst vielfach ganz abgenommen werden mußte, eine Anzahl von Stationsämtern V. in solche IV. Klasse umgewandelt. Da-

mit war die Anstellung der Dienstvorstände (Stationswarte) als Stationsaufseher ermöglicht; damit hängt aber auch zusammen, daß von den vorhandenen Stationsaufsehern viele erst in vorgerücktem Lebensalter die Stellung als solche erreicht haben. Wegen der Umwandlung von Stationsämtern V. in solche IV. Klasse wird auch verwiesen auf den bereits gedruckt vorliegenden Bericht der Budgetkommission der Zweiten Kammer über eine Anzahl von Petitionen von Eisenbahnbeamten usw. (Beilage zum Protokoll der 62. Sitzung der Zweiten Kammer vom 28. April 1904, Drucksache Nr. 17. II) Lit. A IX, Seite 19.

Die Wünsche der Stationsaufseher nach anderer Einreihung in den Gehaltstarif können erst bei der allgemeinen Revision dieses Tarifs in Erwägung kommen. Eine Anzahl Stationsaufseher in die Stellung der Stationsvorsteher oder Bureauassistenten (J 4 oder J 6 des Gehaltstarifs) vorrücken zu lassen, ist nicht angängig. Eine Reihe anderer Beamtenklassen hat ähnliche Wünsche, wie die Stationsvorsteher. Sie würden gleichartige Behandlung beanspruchen, und auch ihrem Anliegen müßte stattgegeben werden, wenn man das der Stationsaufseher berücksichtigen wollte.

Den Beamten der Abteilung K des Gehaltstarifs wird im allgemeinen ohne besondere Begründung des Gesuches ein zusammenhängender Urlaub von 8 Tagen im Jahr bewilligt. Bei besonderer Begründung wird aber auch diesen Beamten ein weitergehender Urlaub von der Generaldirektion anstandslos gewährt.

Die Kommission ist bei dieser Sachlage zu der Anschauung gekommen, daß auch diese Petition der Großh. Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen sei. Die Befriedigung des Hauptwunsches der Petenten ist nur möglich in Verbindung mit einer allgemeinen Revision des Gehaltstarifs. Was aber die Frage des Urlaubs angeht, so weist die Großh. Regierung darauf hin, daß auch jetzt schon die Erteilung eines längeren Urlaubs möglich sei, sobald besondere Gründe dafür geltend gemacht würden. Man kann nur wünschen, daß in dieser Richtung in der Praxis möglichst wohlwollend verfahren werden möge.

Im übrigen will ich mich mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit weiterer Ausführungen enthalten. Das, was auf die Ausführungen des Abg. Lehmann zu sagen war, hat bereits mein Freund Binz ausgeführt. Ich will aber doch noch meiner besonderen Genugtuung über die heutige Erklärung des Herrn Generaldirektors Ausdruck geben. Sie war nach allen Richtungen sachgemäß. Der Herr Generaldirektor hat dadurch bewiesen, daß es ihm und der Großh. Regierung überhaupt im vollsten Maße ernst mit der Sache ist. Ich glaube, daß wenn er seinerseits den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Eisenbahnverwaltung volles Vertrauen entgegenbringt, er das gleiche Vertrauen auch seitens des Personals beanspruchen darf. Wenn sich dieses Vertrauen als ein gegenseitiges bewähren wird, so bin ich der festen Ueberzeugung, daß auch die persönlichen Verhältnisse des Eisenbahnpersonals in Hinkunft sich künftig günstig gestalten werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Eichhorn**: Es wird wohl jetzt niemand mehr im Hause auf Widerspruch stoßen, wenn er alle Petitionen für durchaus begründet erklärt. Ich hätte mir deshalb auch die verhältnismäßige Beschränkung auferlegen können, die sich die Redner von der nationalliberalen Partei auferlegt haben, und nichts zur Sache reden brauchen, nachdem bereits meine Fraktionsgenossen Lehmann und Horst das Nötige gesagt haben. Ich muß aber doch nach den vorausgegangenen Debatten einige persönliche Bemerkungen machen, und dabei will ich nun auch noch zur Sache wenige Bemerkungen machen, namentlich zu den heutigen Ausführungen des Berichterstatters.

Ich beginne mit den Ausführungen des Abg. Wilckens über die Statistik der Generaldirektion, die dieser auch heute wieder gegenüber den Angriffen der Abgg. Frühauf und Lehmann zu retten suchte. Ich glaube, es trifft in etwas auf alle Statistiken das Wort zu, daß man mit Zahlen alles beweisen kann. Wenn dem im allgemeinen so ist, dann gilt dies aber am allermeisten für die uns unterbreitete Statistik. Ich will nicht soweit gehen und sagen: Weil nach der Statistik andere Staaten höhere persönliche Ausgaben haben, deshalb stehen deren Arbeiter besser als unsere, aber auch in der entgegengesetzten Richtung darf auf die Statistik nicht zu viel Wert gelegt werden. Ich habe bereits in der Generaldebatte darauf hingewiesen, daß die Zusammenstellung der Generaldirektion nicht stimmt, schon deshalb nicht, weil eine Reihe von Beamtenkategorien der verschiedensten Staaten miteinander verglichen sind, die nicht zusammen gehören. Das macht den Wert dieser Statistik zu einem sehr problematischen. Ich habe weiter hier die Arbeit über den Betriebskoeffizienten vor mir. Dieselbe enthält verschiedene Tabellen über die Löhne der Eisenbahnangestellten und Arbeiter. Ich sehe nun zu meiner Ueberraschung, daß für „sonstige Arbeiter" ein Durchschnittsverdienst von 34 Pf. pro Stunde angegeben ist. Wie kann nur dieser Durchschnittsverdienst zu stande gekommen sein, wenn z. B. der neue Lohntarif nur einen Anfangslohn von 2 M. vorsieht? da muß man den Verdienst aller möglichen Kategorien von Arbeitern hineingerechnet haben, um zu einem Durchschnittssatz von 34 Pf. pro Stunde zu kommen. Ebenso liegen die Dinge bei den Handwerkern, bei denen ein Durchschnittslohn von 41 Pf. pro Stunde (gegenüber 44 Pf. in Sachsen) angenommen wird. Auf solche Berechnungen ist also recht wenig Gewicht zu legen. Noch eine weitere Stichprobe: auf Seite 29 des Jahresberichts der Generaldirektion wird in einer Tabelle mitgeteilt, daß die Taglöhner in der Hauptwerkstätte einen Tagelohn bis zu 3.50 M., dagegen zwei Maurer einen solchen von nur 3.30 M. beziehen. Da wird jeder Handwerker und Taglöhner fragen: Das ist doch eine Ungeheuerlichkeit! Es ist doch allgemein bekannt, daß ein Taglöhner weniger Lohn bezieht als ein gelernter Handwerker. Aber auch der Lohn von 3.30 M. für einen Maurer ist recht beschämend, während sich die Maurer in Baden durch jahrelange Kämpfe einen Lohn von 42—48 Pf. in der Stunde also im Tag etwa 4.50 M. errungen haben. Diese wenigen Stichproben beweisen, daß die Zahlen der amtlichen Statistik einen durchaus problematischen Wert haben, und wir gut daran tun, uns nur auf die tatsächlichen Verhältnisse zu verlassen, nicht auf die Rechenexperimente, wie sie in irgend einem Bureau am grünen Tisch gemacht werden. Die tatsächlichen Verhältnisse ergeben sich aus den Darstellungen der Petitionen, den Erhebungen der Angestellten und den Protokollen über die Verhandlungen der Verbandstage und Kongresse; sie zeigen uns, daß bei allem Fortschritt der letzten Jahre die Bezahlung der Arbeiter eine solche ist, wie sie nicht bleiben darf und soll. Die Bezahlung ist einfach unwürdig.

Ich verlasse mich also auf die wirklichen Angaben der Angestellten und die tatsächliche Lage. Wenn wir in Baden nach den Rechenexperimenten Arbeiter hätten, die etwa mehr verdienen als die sächsischen Arbeiter, was wollte das besagen?. Als ich von Sachsen nach Baden zog, fiel mir der ungeheuere Unterschied im Mietpreise auf. Die ganze Lebenshaltung ist bei uns wesentlich höher als durchschnittlich in den Städten Sachsens, als selbst

in Dresden. Da hätten wir die schöne beruhigende Tatsache auf dem Papier stehen, daß unsere Arbeiter ein paar Prozent im Lohne höher stehen als die sächsischen Arbeiter, daß sie aber tatsächlich wesentlich schlechter stehen. Diese Bemerkungen sollen nicht besagen, daß in Sachsen die Eisenbahner gut bezahlt werden, im Gegenteil: miserabel! Sie sollen nur dartun, daß mit solchen rechnerischen Experimenten nichts anzufangen ist, daß man die tatsächlichen Verhältnisse untersuchen muß, ob den Arbeitern zugemutet werden kann, bei den von der Generaldirektion bezahlten Löhnen zu bestehen. — Nach diesen allgemeinen Bemerkungen wende ich mich zu einzelnen Petitionen. Ich wünsche, daß die Generaldirektion alles aufbieten möge, damit die Revision des Gehaltstarifs endlich einmal begonnen werde. Wenn man einsieht, daß es garnicht mehr geht, wird man in aller Kürze den Anfang machen müssen. Buchenberger hatte seiner Zeit gesagt, man müsse bei den akademisch gebildeten Beamten anfangen, weil diese nicht mehr standesgemäß leben könnten, Wir haben aber Arbeiter, die nicht nur nicht standesgemäß leben können, sondern überhaupt kaum genug zu leben haben. Wir müssen also mit der Revision bei den Arbeitern anfangen. Das Geld müßte trotz der ungünstigen Finanzlage aufgebracht werden. Es ist unwürdig und unzulässig für den Staat wie für einen Unternehmer, an den Löhnen der Angestellten zu sparen.

Unsere Eisenbahner sind durchaus bescheidene Leute, sie sind zufrieden, wenn auch nicht der letzte ihrer Wünsche erfüllt wird, wenn sie nur wirkliches Entgegenkommen sehen. Ich will hierbei einen besonderen Wunsch vortragen. Die Personenzugsschaffner erhalten an Kilometergeld 5 Pfennig für 10 Kilometer, die Wagenwärter aber 6 Pfennig; die Schaffner wünschen nun Gleichstellung mit den Wagenwärtern. Dann ist auffällig, daß einige Güterpacker mit 30 bis 40 Jahren Dienstzeit noch nicht etatmäßig angestellt sind, während dies bei jüngeren Packern der Fall ist. Vielleicht ließe sich da Abhilfe schaffen. Wenn man, wie wir es wünschen, den Forderungen des Personals schneller entgegenkommt, wird auch die Sicherheit auf unseren Bahnen wesentlich erhöht werden. Der Genosse Lehmann nahm darauf Bezug, daß in Offenburg bei den Bremsern, die wegen der Höhe der Mietpreise auf dem Lande wohnen, die Prozentziffer der Unfälle am Höchsten sei. Es ist längst statistisch nachgewiesen, daß die Unfallgefahr mit der vorgeschrittenen Arbeitszeit und der aufgewendeten Anstrengung wächst. Die Unfallziffer ist kurz vor der Mittagspause und der Feierabendstunde stets am größten, weil dann die körperliche Ermattung am leichtesten die nötige Vorsicht aus dem Auge verlieren läßt. Aus diesem Gesichtspunkte müßte es für die Generaldirektion Pflicht sein, dafür zu sorgen, daß das Personal nicht überanstrengt wird. Von dem Abg. Binz wurde der Vorwurf gemacht, daß der Abg. Lehmann alte Eisenbahnunfälle erwähnt und die Schuld daran auf die Ueberanstrengung des Personals geschoben habe. Ich will die Ursache nicht noch einmal in aller Breite untersuchen, ich will an einem neueren Fall zeigen, wie die Sicherheit des Betriebs mit der körperlichen Frische des Personals in engem Zusammenhang steht. Am Pfingstsonntag fuhr um Mitternacht der Schnellzug Mannheim—Karlsruhe in Friedrichsfeld ein und mußte, weil er wegen des großen Verkehrs etwas zu lang war, über die Station hinausfahren. Im selben Augenblick brauste der Schnellzug Heidelberg—Mannheim heran, und hätte nicht der Lokomotivführer die Geistesgegenwart gehabt, den eingefahrenen Zug wieder zurück zu dirigieren, so wäre wieder ein großes Unglück geschehen. Das war nach Mitternacht. Wenn ein solcher Lokomotivführer nun ermüdet, überanstrengt, körperlich zusammengebrochen ist, dann ist er einfach nicht im Stande, solchen Eventualitäten zu begegnen. Solche Vorkommnisse lassen sich auch nicht durch Verordnungen vermeiden.

Besonders möchte ich mich nun der Petition des Verbandes deutscher Eisenbahnbediensteter und des Verbandes süddeutscher Eisenbahnarbeiter annehmen. Nach einem Antrag meiner Fraktionsgenossen sollen diese Petitionen empfehlend überwiesen werden. Die erste Petition enthält eine Reihe von Forderungen, denen die Regierung durch den Lohntarif entgegenkommen will. Der Abg. Hergt meinte, die Arbeiter würden schon mit dem Lohntarif zufrieden sein. Ich habe ihm schon durch einen Zwischenruf bedeutet, daß dies ein großer Irrtum sein dürfte. Der Tarif ist noch nicht erschienen, und ich will deshalb nur mit wenigen Worten diesen Tarif besprechen. Wenn der Abg. Hergt das Bestreben der Regierung, den Forderungen der Arbeiter gerecht zu werden, sich das Vertrauen der Arbeiter zu gewinnen, hervorgehoben hat, so ist der Lohntarif, der erlassen werden soll, der allerschlechteste Anfang, der gemacht werden konnte, um den Arbeitern Vertrauen einzuflößen. Der Lohntarif sieht in 20 Jahren eine Steigerung des Lohnes um 70 Pf. vor, und zwar in Zeiträumen von 3 zu 3 Jahren eine Steigerung um 10 Pf. Die Anfang- und Höchstlöhne sind so außerordentlich gering, daß bei unsern badischen Verhältnissen nicht zu begreifen ist, wie die Arbeiter ohne Ueberstunden oder Nebenarbeit bestehen können. Ich habe jetzt schon die Ueberzeugung, daß, wenn der Lohntarif erlassen ist, sich ein Sturm der Entrüstung unter den Arbeitern erheben wird, die doch vertrauensvoll zu der Generaldirektion aufblicken sollen. (Präsident Dr. **Gönner** übernimmt wieder das Präsidium.)

Da bleibt nichts anderes übrig, als daß die Arbeiter ihre Frauen und Kinder zur Arbeit schicken oder sich sonstwie nach Nebenbeschäftigung umsehen; das trägt aber keineswegs zur Sicherheit des Verkehrs bei. Es ist gesagt worden, daß man die Arbeiter im Eisenbahnbetrieb von materiellen Sorgen befreien soll. Ist aber ein Lohn von 2 M. täglich, der sich in 20 Jahren um 70 Pfg. steigert, ein solcher, der eine sorgenfreie Existenz gewähren kann? Wenn hier gesagt wird, auf dem Lande sei die Kinderarbeit nicht bedenklich, so ist richtig, daß die Beschäftigung der Kinder im elterlichen landwirtschaftlichen Betrieb allzugroße Bedenken hat, etwas ganz anderes ist es, wenn die Kinder, um das Einkommen der Eltern zu erhöhen, der kapitalistischen Ausbeutung ausgeliefert werden müssen. Dort schützt das elterliche Gefühl vor Ueberanstrengung, hier aber werden die zarten Kinderblüten dem Unternehmer überantwortet, bei dem an Stelle des Herzens der Geldbeutel sitzt. Gegenüber diesem neuen Lohntarif versagen auch vollständig die anerkennenden Worte des Berichterstatters und des Abg. Binz. Wenn man nichts besseres zu bieten weiß als diesen neuen Lohntarif, dann ist es mir nicht gut möglich, an den guten Willen der Regierung zu glauben. Es ist auch nirgends der Beweis gegeben worden, daß man in dem Lohntarif nicht hätte höher gehen können. Ich glaube also, daß die Petition der Eisenbahnbediensteten in durchaus nicht befriedigender Weise behandelt werden soll; jedenfalls ist die empfehlende Ueberweisung unter solchen Umständen gerechtfertigt.

Die andere Petition, die mir besonders am Herzen liegt, ist die der Werkstättenarbeiter. Die Wünsche, die in der Petition erhoben werden, sind in der Hauptsache die alten. An der Spitze der Forderung steht die Abschaffung der Akkordarbeit. Der Abg. Lehmann hat davon geredet, daß hier vielfach in einer Weise von den Arbeiterverhältnissen geredet worden ist, wie Blinde von der Farbe reden. Das ist nur zu richtig! Selbst der

Abg. Frühauf hat verlangt, daß man nur einmal ein Experiment machen möge mit der Abschaffung der Akkordarbeit. Ich meine, daß für jeden, der sich um die Lage der Arbeiter eingehend gekümmert und einige Studien auf diesem Gebiete gemacht hat, die Frage der Akkordarbeit längst spruchreif ist in dem Sinn, daß sie verdient, abgeschafft zu werden. Es gibt nichts, was grausamer die Gesundheit der Arbeiter untergräbt als die Akkordarbeit. Man muß Arbeiter gewesen sein, wie der Abg. Lehmann und ich, um dies richtig verstehen zu können. Ich weiß, daß es hundertmal vorkommt, daß die von der Fabrikinspektion vorgeschriebenen Schutzeinrichtungen regelmäßig von den Arbeitern beseitigt werden, nur, um im Akkordlohn mehr verdienen zu können und die Maschinen besser ausnützen zu können, nicht aus Uebermut oder Leichtsinn, die Arbeiter gebrauchen notwendig den geringen Mehrverdienst, Es ist daher nicht mehr als Menschenpflicht, daß man die Akkordarbeit beseitigt. Und da kommen Redner wie der Abg. Binz, und wollen mit großen Worten über diese Dinge reden, haben aber noch nie in ihrem Leben in diese Dinge geschaut und sie noch nie im Leben mitgemacht. (Widerspruch des Abg. Dr. Binz.) Wenn Sie das getan hätten, dann würden Sie anders reden. Daß die Akkordarbeit zu einer ständigen Herunterdrückung der Löhne führt, liegt im Charakter der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Der Abg. Lehmann hat auf die bezeichnende Tatsache hingewiesen, daß man, nachdem man bei der Anschaffung neuer Maschinen den an diesen beschäftigten Arbeitern die Akkordsätze gekürzt hatte, diese Maßregel auch auf die bei den alten Maschinen beschäftigten Arbeiter ausgedehnt habe mit der Zumutung, sie sollten die Maschine rascher laufen lassen. Es zeigt sich hier eben wieder, daß diese Anordnung am grünen Tisch entstanden ist ohne Kenntnis der Verhältnisse, und es hätte jeder Dreherlehrbube, der einmal an der Drehbank gestanden hat, der Regierung sagen können, daß dies meist nicht möglich ist ohne Schädigung der Maschinen und des Materials. Dazu kommt, daß, selbst wenn es technisch möglich wäre, die arbeitende Maschine rascher laufen zu lassen, dann eben die Anspannung des Arbeiters wieder eine viel größere wird. Auch hier tritt der Unsegen der Akkordarbeit ein, auf Kosten der Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter. Das ist freilich eine Einrichtung, die der kapitalistischen Produktion eigen ist, die nur auf den Profit hinausgeht. Schon der Abg. Frühauf hat gestern darauf hingewiesen, daß, trotzdem wir große Ueberschüsse im Eisenbahnbetrieb gemacht hätten, die Arbeiter nicht an diesen Ueberschüssen teilnehmen ließen. Das ist so kapitalistischer Brauch. Alle Errungenschaften der Technik und der Wissenschaft nützen dem Proletariat keinen Pfifferling. Den Nutzen davon streicht heute allein der Kapitalist ein. Daher unser prinzipieller Standpunkt zu der kapitalistischen Produktionsweise. Deshalb erklären wir auch alle Ihre Mittel, die Sie heute zur Linderung der Not anwenden, nur als Palliativmittel. Und die Darlegungen sind keine Ladenhüter, Herr Kollege Binz, sie werden so richtig bleiben, bis die Erfüllung kommt. (Zuruf: Selbst besser machen!) Ich will auf unsre Zukunftsideen nicht weiter eingehen. (Lachen.) Gewiß, die Zeit des Siegs des Sozialismus liegt nicht allzu fern, Herr Kollege Binz, trotz Ihres Gelächters. Unsre Partei hat sich in den letzten 40 Jahren so entwickelt, daß ... (Zuruf: Dresden! Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. **Gönner**: Dieses Thema darf nicht fortgesetzt werden, sonst kommen wir zu weit ab von der Tagesordnung.

Abg. **Eichhorn**: Ich komme zu den Petitionen zurück und sage, es ist für die Generaldirektion beschämend, wenn sie heute noch erklärt, die Frage der Akkordarbeit sei noch nicht spruchreif. Sie ist ebenso spruchreif, wie die übrigen Forderungen auf Stabilisierung, Etatisierung, Hinterbliebenenversorgung u. s. w. Die Etatisierung und Stabilisierung ist praktisch erprobt in Oesterreich, und ich habe aus schriftlichen Mitteilungen der daran Beteiligten die Versicherung erhalten, daß seitdem eine viel solidere Arbeit eingetreten sei als früher. Es ist bekannt, daß man im Reich sich wegen Schaffung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit bemüht, man weiß nur nicht auf welchem Wege die Regelung erfolgen soll. Die Regierung hätte hier nun einen Weg, einen praktischen Schritt zu tun, durch Etatisierung der älteren Arbeiter. Selbst Kollege Binz hat sich mit ihr einverstanden erklärt. Eine andere Forderung betrifft die Hinterbliebenenversorgung. Ich stimme den Kollegen bei, die gesagt haben, daß hier schon etwas getan worden ist, aber es ist doch sehr wenig. Auch hier könnte ohne Aufwendung zu großer Mittel viel mehr geschehen, namentlich dadurch, daß man höhere Renten auf Grund statutarischer Bestimmung gewährt, nicht wie jetzt in Form von gnadenweisen Zuschüssen seitens der General-Direktion. Es wäre viel besser, wenn sich die General-Direktion zu einem dauernden Zuschuß verpflichten würde.

Wir sehen also, alle Fragen sind spruchreif, sie könnten sofort erledigt werden. Wenn die Regierung hätte in diesem Sinne vorgehen wollen, so hätte sie schon in den letzten zwei Jahren, seit dem wir alle diese Fragen hier schon einmal aufgerollt haben, sehr viel tun können.

Nun frägt es sich: was soll mit den Petitionen gemacht werden, sollen sie bloß zur Kenntnisnahme oder empfehlend überwiesen werden? Die Kommission hat sich für die Ueberweisung zur Kenntnisnahme entschieden. Auch ich habe mich mit dieser Entscheidung der Kommission einverstanden erklärt, weil ich auf dem Standpunkt stehe, es kommt nicht auf das Wort an, sondern nur darauf, daß wir der Regierung mit Nachdruck den Willen der Kammer kundgeben und ihr klar machen, daß etwas geschehen muß.

Hierbei habe ich einige persönliche Bemerkungen zu machen.

Der Antrag meiner Parteifreunde auf empfehlende Ueberweisung der beiden Arbeiterpetitionen hat insofern seine Berechtigung, als es sich um Arbeiter handelt, die außerhalb des Gehaltstarifs behandelt werden können, und wofür man nicht die Ausrede hat, man müsse warten, bis die Aenderung des Gehaltstarifs komme. Dieser Antrag hat den besonderen Aerger der Herren von der demokratischen Partei erregt. Insbesondere bin ich dabei persönlich angegriffen worden, indem im Gegenteil zur Wahrheit behauptet wurde, ich hätte mich in Widerspruch zu meiner Haltung in der Kommission gesetzt und ich hätte in der Kommission eine Haltung eingenommen, die mit meiner sonstigen Haltung gegenüber den Eisenbahner-Wünschen nicht vereinbar wäre. Es hat keinen Sinn, solche Vorwürfe gegen uns zu erheben. Herr Venedey hat schon seit längerer Zeit einen gewissen Aerger gegen unsere Fraktion, vielleicht auch gegen mich persönlich. Es liegt das vielleicht daran, daß er glaubt, er müsse, weil er mit Hülfe der Sozialdemokraten gewählt worden ist, auch fortdauernd von den Sozialdemokraten gelobt werden. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. **Gönner**: Ich kann nicht zugeben, daß einem Abgeordneten derartige Motive unterstellt werden. Die Unterstellung, welche hier ausgesprochen ist, führt uns außerdem zu weit ab. Ich bitte daher den Redner, sich an die Sache zu halten.

Abg. **Eichhorn**: Ich muß doch diese Sache . . . .

Präsident Dr. **Gönner**: Das dürfen Sie nicht. Sie dürfen nicht einen Fall, der gestern vorkam, in der Weise wiederholen und begründen, daß Sie einem Abgeordneten Motive unterschieben, die für ihn verletzend sind.

Abg. **Eichhorn**: Ich werde meine Rede fortsetzen . . .

Präsident Dr. **Gönner**: Aber nicht in dieser Weise, sonst werde ich das Mittel anwenden, das dem Präsidium zur Verfügung steht. Ich werde den Redner zur Ordnung rufen und, wenn er nicht gehorcht, ihm das Wort entziehen.

Abg. **Eichhorn**: Venedey ist von meinen Parteigenossen gewählt worden nach dem Prinzip vom kleineren Uebel. Man hat ihn schließlich gewählt, weil kein anderer da war, der annehmbarer schien.

Präsident Dr. **Gönner**: Ich gestatte Ihnen nicht, das Verfahren bei dieser Wahl und die damit zusammenhängenden Umstände hier auseinanderzusetzen.

Abg. **Eichhorn**: Es hängt aber doch . . . .

Präsident Dr. **Gönner**: Ich werde Ihnen das nicht gestatten. Wir wollen doch sehen, wer darüber zu verfügen hat, Sie oder das Präsidium! Ich werde diese Abschweifung nicht zulassen.

Abg. **Eichhorn**: Ich muß mich doch auf Angriffe, die gestern gegen mich erfolgt sind, verteidigen können.

Präsident Dr. **Gönner**: Sie haben aber dabei nicht das Recht, über das Wahlverfahren, durch welches der Abg. Venedey in dieses Haus gelangte, sich zu verbreiten. Es ist dies eine Abschweifung, die ich nicht zulasse.

Abg. **Eichhorn**: Ich appelliere an das Haus. Meine Herren! Wenn jemand mich angreift, so muß ich doch das Recht haben, die psychologischen Gründe des gegen mich gemachten Angriffs untersuchen zu können. Wenn ich dabei Dinge berühre, die außerhalb des unmittelbaren Zusammenhanges stehen, so müssen diese Dinge zugelassen, oder es muß zugestanden werden, daß ich parteiisch behandelt werde. Es wird geduldet, daß Angriffe gegen mich gemacht werden, und wenn ich mich dagegen verteidigen will, so wird das nicht gestattet.

Präsident Dr. **Gönner**: Ich lasse es dem Abg. Eichhorn zu, sich zu verteidigen gegen das, was gestern über ihn gesprochen worden ist. Ich lasse es aber nicht zu, daß er die Vorgänge des letzten Wahlverfahrens in Konstanz in das Hohe Haus zieht. Das ist eine Abschweifung. Einen Appell an das Hohe Haus in diesem Sinn gibt es nach der Geschäftsordnung nicht. Der Herr Abgeordnete hat nur die Wahl, sich entweder dem Präsidium zu fügen oder nicht.

Abg. **Eichhorn**: Dann verzichte ich darauf, darüber noch ein Wort zu sagen. Ich konstatiere nur, daß es mir unmöglich gemacht wird, mich gegen einen Angriff, der gegen mich erhoben worden ist, zu verteidigen.

Präsident Dr. **Gönner**: Ich rufe den Abg. Eichhorn zur Ordnung wegen dieses, für das Präsidium verletzenden Ausdruckes. Es ist nicht wahr, daß Ihnen das Recht genommen ist, sich zu verteidigen.

Abg. **Eichhorn**: Ich bitte ums Wort, um mich gegen diesen Ordnungsruf zu verteidigen. Ich habe einen Ordnungsruf erhalten, von dem ich annehme, daß er ungerechtfertigt erteilt worden ist. Ich habe in der letzten Zeit überhaupt die Empfindung, daß wir Sozialdemokraten mit anderem Maße gemessen werden, wie andere. (Widerspruch im Hause.)

Präsident Dr. **Gönner**: Ich rufe den Herrn Abgeordneten zur Ordnung. Ich verbiete ihm hier zu sagen, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten anders behandelt werden, wie andere Abgeordnete. Ich kann mich auf das ganze Haus berufen, daß dies durchaus nicht richtig ist. Ich behandle einen Abgeordneten wie den andern.

Abg. **Eichhorn**: Es steht mir auf Grund des § 22 der Geschäftsordnung das Recht zu, mich gegenüber einem Ordnungsruf zu verteidigen.

Präsident Dr. **Gönner**: Aber nicht durch eine Beleidigung gegenüber dem Präsidium.

Abg. **Eichhorn**: Nun, ich habe versucht, mich zu verteidigen. Ich habe nachzuweisen versucht, von welchem Augenblick an wir diese Empfindung haben mußten. Auch das wird mir unmöglich gemacht. Ich konstatiere dies aufs neue.

Ich gehe nun weiter. Wir werden trotz der Angriffe einiger Herren der demokratischen Partei für diese empfehlende Ueberweisung stimmen. Auch ich, der ich in der Kommission um der Einigkeit willen auf anderem Standpunkt gestanden habe, werde unter diesen Umständen, um mit den Arbeitern in ein schnelleres Fahrwasser zu kommen, für diesen Antrag auf empfehlende Ueberweisung stimmen. Abg. Binz hat sich aufgeregt, weil das Wort vom „Wohlwollen" in Mißkredit geraten sei, daran ist aber die Mehrheit dieses Hohen Hauses selbst schuld. Man hat auf jedem Landtag das Wohlwollen für die Arbeiter in nachdrücklichster Weise betont. Dies Wohlwollen ist dann auf ganz minimale und schwächliche Verbesserungen hinausgelaufen. Wollen Sie es dann den Arbeitern übel nehmen, wenn sie auf das „Wohlwollen" pfeifen? Sie wollen kein Wohlwollen, sondern Förderung ihrer Lage. Wenn diese Einmütigkeit des Hohen Hauses in dem Wunsche nach Besserung ihrer Lage keinen Erfolg hat, dann müßten andere Saiten aufgezogen und Repressivmaßregeln ergriffen werden. In diesem Fall bleibt nichts anderes übrig, als den Ministern und oberen Beamten solange das Gehalt zu verweigern, bis sie sich entschlossen haben, den Wünschen der Arbeiter und des Landtags nachzukommen. Statt dessen ist vor wenigen Tagen erst der Gehaltstarif wieder durchbrochen worden zu gunsten eines höheren Beamten. Der Vorsteher der Hauptwerkstätte wurde auf Umwegen in die Generaldirektion genommen, um ihm einen höheren Gehalt zu geben. Deshalb haben die ein Recht, auf das Wohlwollen der Großh. Regierung und der Kammer spöttisch hinabzusehen, die das berücksichtigen, was tatsächlich geschehen ist. Und wir haben ein Recht, uns die wirklichen Arbeitervertreter zu nennen. Abg. Binz hat dies verfassungswidrig genannt. Was heißt verfassungswidrig? Wir sind gewählt von den Arbeitern und vertreten ihre Interessen. Das steht nicht im Gegensatz zu den Pflichten eines Volksvertreters, Herr Kollege Binz. Dadurch, daß die Lage der Arbeiter gehoben wird, wird das ganze Volk und die Kultur gehoben, so sind wir bessere Volksvertreter als Sie. Wir alle würden unsere Volksvertretung hier im Hause am Besten ausüben, wenn wir von der Großh. Regierung verlangten, daß für die Eisenbahnangestellten endlich etwas geschehen muß. Der Staat hat unter allen Umständen voranzugehen.

Abg. **Morgenthaler**: **Von der Wichtigkeit des Eisenbahnbetriebs sind wir alle überzeugt und wünschen, daß da**

alles in bester Ordnung sei. Daß noch viele Wünsche zu erfüllen sind, beweisen uns die zahlreichen Petitionen. Es fällt schwer, zu unterscheiden, welche Petitionen am meisten zu bevorzugen seien. Ich möchte der Regierung empfehlen, sobald als möglich an die Gehaltsfrage heranzutreten, und zwar bei allen Klassen, Beamten, Bediensteten und Arbeitern. Ich bitte aber die Regierung, nicht oben anzufangen, sondern unten. Denn sonst wird vielfach gefürchtet, es sei kein Geld da, bis man herunterkomme. Als Vertreter der Landwirtschaft weise ich darauf hin, daß die Erhöhung der Bezahlung der Eisenbahner nicht im Interesse der Landwirtschaft liegt; durch die starke Zuströmung zur Eisenbahn wird die Landflucht gefördert, und es entsteht der so große landwirtschaftliche Arbeitermangel. Aber die Landwirte huldigen dem Grundsatz: Leben und leben lassen. Wir stimmen vollständig zu, daß die Eisenbahner auch entsprechend bezahlt werden. Es soll Jeder für seine Leistungen entsprechend vergütet werden. Es gibt aber viele, die dem Grundsatz: Leben und leben lassen, nicht huldigen und jede Gelegenheit benützen, um einen Stein auf die Landwirtschaft zu werfen, selbst in der Eisenbahndebatte. Was den Zolltarif anlangt, so wurde bei den Getreidezöllen ein solcher Spektakel verführt, daß ich nur annehmen darf, daß die Herren das selber nicht glaubten, was sie gesagt haben. (Große Unruhe im Hause.) Auch beim Zollsatz von 5 M. ist das Brot nicht teurer geworden und bei 3½ M. nicht billiger. Wir versprechen uns auch gar keine höhere Bezahlung für unser Getreide. Sie schätzen das Sprichwort nicht: „hat der Bauer Geld, so hat es die ganze Welt". Es ist eine Ungerechtigkeit gegenüber der Landwirtschaft, bei jeder Gelegenheit einen Stein auf sie zu werfen. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. **Gönner**: Auch dies ist eine Abschweifung vom Gegenstand, die ich nicht zulassen kann. Es ist mir ferner mitgeteilt worden, daß der Abg. Morgenthaler geäußert hat: „Die Herren, die vorhin gesprochen haben, glauben selbst nicht an das, was sie gesagt haben." Dies ist eine verletzende Aeußerung, die ich nicht zulassen kann.

Abg. **Morgenthaler** (fortfahrend): Trotzdem die bessere Bezahlung der Eisenbahner nicht im Interesse der Landwirtschaft ist, treten wir doch für eine Aufbesserung ein, und ich ersuche deshalb die Großh. Regierung, recht bald damit zu beginnen.

Abg. **Neuwirth**: Seit zwei Tagen beschäftigen wir uns mit den Petitionen unserer Eisenbahnbeamten; es sind im ganzen 19 Petitionen, und es macht auf mich den Eindruck, daß sowohl bei den einzelnen Beamtenkategorien im Petitionieren als auch in der Behandlung dieser Petitionen in der Hohen Zweiten Kammer ein gewisser Wettlauf eingetreten ist. Ich habe meinerseits die Ueberzeugung gewonnen, daß die Budgetkommission sämtliche Petitionen einer eingehenden Prüfung unterzogen hat. Die berechtigten Wünsche der einzelnen Beamtenkategorien sind ja im Berichte anerkannt und der Großh. Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Ich kann mich dem Antrag der Kommission aus voller Ueberzeugung anschließen, möchte ich aber doch vor weitergehenden Anträgen, wie solche bereits angekündigt sind, warnen aus folgenden Gründen:

Ich muß mich doch fragen, was wäre die Konsequenz der empfehlenden Ueberweisung sämtlicher Petitionen um eine zehnprozentige Erhöhung der Gehaltsbezüge; glauben Sie vielleicht, die Beamten wären zufrieden? Ich glaube das Gegenteil, sie wären in gewisser Beziehung aber auch töricht, wenn sie sich zufrieden gäben. Der technisch gebildete Beamte kann nicht in gleichem Rang mit dem Bahnarbeiter, der vielleicht im ersten Dienstjahre steht, gezogen werden, es kann in dem Fall nicht nach einer Schablone verfahren werden.

Es muß nach meinem Dafürhalten einen sonderbaren Eindruck auf unser Eisenbahnpersonal machen, wenn sie all die schönen Lobreden, welche auf sie von verschiedenen Seiten des Hauses gehalten worden sind, und wenn sie von den verschiedenen, oft weitgehenden Anträgen lesen. Anträge sind ja im Hohen Hause modern geworden, sie sind auch gleich fertig und kosten auch nichts, und die Beamten, die haben auch nichts davon.

Ich bin der Ansicht, wenn wirs wirklich gut meinen mit unseren Eisenbahnbeamten, wenn es uns darum zu tun ist, etwas für sie zu erreichen, so müssen wir auch nach dem Erreichbaren streben, und das ist der Antrag der Budgetkommission.

Der Abg. Muser hat gestern wieder einmal die Agrarfrage in seinen Ausführungen mit hereingezogen, und suchte die agrarischen Bestrebungen, welche die Lebensmittelverteuerung zur Folge haben, in Zusammenhang mit den Petenten zu bringen. Ich kann dem nur mit zwei Worten erwidern. Zum ersten sind die Lebensmittel seit 30 Jahren nicht gestiegen, sondern billiger geworden, und wenn dieselben in zwei Jahren noch mehr zurückgehen, so habe ich doch die feste Ueberzeugung, daß die gleiche Zahl der Petitionen im künftigen Landtag wieder einlaufen werden. Alle Menschen zufrieden zu stellen, das kann kein Sterblicher, das ist unserem Herrgott unmöglich.

Zur Unzufriedenheit kann aber auch von unserer Seite viel beigetragen werden, wenn in gewissen Dingen zu grau aufgetragen wird. Man hat von armen Teufeln, von Hungerlöhnen gesprochen, welche sich in unserem Bahnpersonal befinden sollen. Das geht nach meiner Ansicht denn doch zu weit. Wenn Sie wirklich arme Leute suchen wollen, die finden sie in gegenwärtiger Zeit bei dem kleinen Mann, bei dem kleinen Handwerker, in Stadt und Land, der im Kampf ums Dasein steht, im Kampf gegen die Großindustrie, gegen das Großkapital, hier finden wir Leute oft in Verzweiflung ringen nach Verdienst und Existenz. Der kleine Landwirt, der mit fremdem Kapital arbeiten muß, und mit der größten Entbehrung und Sparsamkeit abhängig ist von einem günstigen Jahrgang, das sind auch Existenzen. Ich kann Sie versichern, daß tausende dieser Leute unter den obwaltenden Umständen Haus und Hof verlassen würden, wenn sie eine Unterkunft an der Bahn oder sonst wo finden könnten, und das sind auch Steuerzahler, mit denen wir rechnen müssen.

Es liegt mir fern, den berechtigten Wünschen unserer Eisenbahnbeamten entgegen zu treten, aber es muß doch auch gesagt werden, daß der Beamte solchen Leuten gegenüber ein leichteres Brot, ein sichereres Einkommen hat.

Von unseren Eisenbahnbetriebswerkstätten, diesen trefflichen Einrichtungen, habe ich nur Tadel, nicht ein Wort des Lobes gehört, und wer diese Einrichtungen nicht kennt, könnte nach manchen Schilderungen sie für eine Mördergrube halten.

Ich kann nur raten, diese Einrichtungen zu besichtigen, tausende von Arbeitern haben es darin durch Fleiß und Sparsamkeit zu schönen sorgenfreien Stellungen gebracht.

Sie finden aber auch einen Zudrang von jungen Leuten, in diese Werkstätten zu gelangen, der bei weitem nicht im Verhältnis zu dem Bedarf steht, sodaß stets eine große Zahl zurückgewiesen werden muß. Das sind doch Verhältnisse, woraus wir ersehen, daß es nicht so schlimm bestellt ist mit diesem Personal, wie dies von gewisser

Seite geschildert wird. Ich wiederhole nochmals, daß ich gerne bereit bin, für den Kommissionsantrag einzutreten, weil ich die Ueberzeugung habe, daß in den letzten Jahren seitens unserer Großh. Regierung vieles zur Besserstellung unserer Eisenbahnbeamten geschehen ist, und daß sie auch fernerhin bestrebt sein wird, in weitgehendstem Maß für Besserstellung unserer Beamten einzutreten. Einen weitergehenden Antrag muß ich als Vertreter eines ländlichen Bezirkes entschieden ablehnen, weil er nicht der Gesinnung meiner Wählerschaft entspricht.

Abg. **Muser**: Ohne die unprovozierten Angriffe des Abg. Eichhorn gegen die demokratische Fraktion hätte ich keinen Anlaß gehabt, das Wort zu ergreifen, Sie werden es aber begreiflich finden, wenn ich sehr kurz auf seine Ausführungen eingehe, soweit sie sich mit der demokratischen Fraktion beschäftigt haben. Die gegen den Abg. Venedey gerichteten deplazierten Ausfälle des Abg. Eichhorn, die jedenfalls nur seine sachtliche Schwäche verdecken sollten, zurückzuweisen, kann ich dem Abg. Venedey überlassen. Ich möchte aber zunächst eine allgemeine Bemerkung vorausschicken. Ich habe in meiner ersten Ausführung darzulegen gesucht, daß die außerordentlich warme Begründung der Kommissionsanträge zu der logischen Schlußfolgerung führen mußte, die sämtlichen Petitionen der Regierung empfehlend zu überweisen, und daß ich einen diesbezüglichen Antrag gestellt hätte, wenn ich die nötige Unterstützung gefunden hätte. Diese ist mir aber mit Ausnahme von meiner Partei nicht zuteil geworden. Ich bemerke aber, daß wir nach wie vor für empfehlende Ueberweisung aller Petitionen sind, und so können wir trotz der Begründung des Abg. Eichhorn, der es mit seinen Ausführungen einem oft schwer macht, seinen Anträgen zuzustimmen, dem Antrag der Sozialdemokraten zustimmen. Dies soll aber nicht die Bedeutung haben, daß diese Petitionen den Charakter als Vorzugspetitionen haben sollen, sondern wir stehen allen Petitionen mit gleichem Wohlwollen gegenüber. Ich habe lebhaft bedauert, und die Verhandlungen haben dazu nicht den geringsten Anlaß gegeben, daß so schwere Mißtöne vom Abg. Eichhorn hereingetragen worden sind. Ich hätte im Interesse der Beteiligten gewünscht, daß wir eine möglichst einmütige und imposante Kundgebung hätten abgeben können, und es ist nach dem durchaus entgegenkommenden Verhalten sämtlicher Herrn nicht der entfernteste Anlaß gewesen, daß man die Sache in dieser höhnenden Weise behandelt hat. Ich kann nur nebenbei bemerkt sagen, es ist mir nicht im entferntesten eingefallen, wie es der Abg. Morgenthaler anzunehmen scheint, Angriffe auf die Landwirtschaft zu machen. Ich habe nun gesagt, die Frage, welche Gründe den Staat verpflichten, sich seiner Beamten anzunehmen, hänge auch mit der Frage der Lebensmittelpreise zusammen und diese sei eigentlich im Zusammenhang mit der ganzen Zolltarifrage zu behandeln. Ich habe weiter gesagt, daß im öffentlichen Leben bei erhöhten Bezügen und dadurch etwa wachsenden Staatslasten auch die Herrn Agrarier als Steuerzahler einen Teil des Profits wieder verausgaben müssen. Diese sachlichen und ruhigen Ausführungen geben keinen Anlaß zur Annahme, daß gegen die Landwirtschaft irgend wie polemisiert werden sollte.

Nun hat der Abg. Eichhorn zwei Vorwürfe gegen die demokratische Partei gerichtet. Er hat von einem Aerger unserer Fraktion über sein Verhalten gesprochen. Herr Abg. Eichhorn, glauben Sie ja nicht, daß wir das Gefühl des Aergers gehabt haben. Wenn es ein anderes Gefühl als das des Bedauerns über Ihr Verhalten und Ihren Ton gewesen wäre, dann wäre es das Gegenteil von Aerger gewesen, da wir uns nicht zu ärgern brauchen, wenn Sie sich diskreditieren. Ich bin der Ueberzeugung, daß diejenigen Arbeiter, die noch objektiv die Sache zu beurteilen vermögen, mit dem Auftreten des Abg. Eichhorn nicht einverstanden sind. (Abg. Eichhorn: Lassen Sie doch die Arbeiter selbst darüber entscheiden!) Auf Ihre Zwischenrufe reagiere ich nicht, ich werde Ihre Ausführungen mit der Kürze behandeln, die sie verdienen. Ich will unterlassen, darauf einzugehen, daß der Abg. Eichhorn es für nötig gefunden hat, über die kapitalistische Wirtschaftsweise loszuziehen und diese Gelegenheit zu einem Angriff gegen die nicht sozialdemokratischen Parteien zu benützen. Ich beschränke mich darauf, auch diese Ausführungen mit dem Satze abzutun, den ich schon einmal auf die Ausführungen des Abg. Eichhorn angewendet habe: im Kritisieren scharf und stark, im positiven Ausbau außerordentlich schwach. Ich wollte nur konstatieren und meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß diese Einmütigkeit der Kommission, der auch der Abg. Eichhorn angehört hat, nun plötzlich im Plenum verschwunden ist. Ich bin der Meinung, wenn dieses ganze Vorgehen der Kommission diese scharfe Verurteilung, die der Abg. Eichhorn ihr zu teil werden zu lassen für nötig gefunden hat, verdient, dann hat der Abg. Eichhorn sich selbst am schärfsten verurteilt. Es ist festgestellt, daß das sozialdemokratische Mitglied der Budgetkommission, Herr Eichhorn, lediglich für Ueberweisung zur Kenntnisnahme sich ausgesprochen hat, und derselbe Herr stellt heute die Situation so kraß dar, daß er sogar fordert, man sollte den Ministern und den oberen Beamten die Gehälter verweigern wegen der Behandlung der Petitionen, und man habe das Recht, mit Hohn auf das Wohlwollen der Regierung herabzuschauen. Das ist ein Kontrast, den ich in aller Oeffentlichkeit hier darzustellen, mich veranlaßt sehe.

Herr Eichhorn selbst hat in der Kommission die nach seiner heutigen Behauptung mit Hohn zu behandelnde „wohlwollende" Haltung eingenommen und keinen Antrag auf empfehlende Ueberweisung gestellt. Wir fühlen also durchaus keinen Aerger. Die Herrn von der soz. Partei werden uns das Zeugnis ausstellen müssen, daß wir in allen Fällen, wo es sich um demokratische Forderungen handelte, unsere Pflicht getan haben und, wo wir anderer Meinung waren, von unserer abweichenden Gesinnung keinen Hehl gemacht haben. Wenn der Abg. Eichhorn gemeint hat, der Abg. Venedey lasse seine politische Haltung durch die Rücksicht auf das Lob oder den Tadel der soz. Wähler bestimmen, die ihm bei der Wahl ihre Stimme geben, dann ist dies eine vollständige Verkennung des hohen Standpunktes, auf dem die Volksvertretung stehen sollte, denn wir lassen uns in der Betätigung unserer parlamentarischen Pflichten durch nichts beeinflussen, auch nicht durch die Erwägung, ob das, was wir sagen, in den Ohren von denen, die uns gewählt haben, angenehm klingt. Wir haben also keinen Anlaß, uns zu ärgern, dagegen hat der Abg. Eichhorn allen Anlaß dazu, er hat es so ungeschickt gemacht, daß der Aerger darüber zu deutlich zum Vorschein kam, daß es ihm nicht gelungen ist, durch seine heutigen Ausführungen die Aufmerksamkeit von seinem eigenen Verhalten abzulenken, das zu maskiren, er allerdings allen Anlaß zu haben scheint.

Abg. **Venedey**: Ich habe zunächst zu meinem Bedauern zwei persönliche Bemerkungen auf die Ausführungen zweier Redner von heute zu machen. Zunächst hat der Abg. Eichhorn sich gegen mich gewendet und behauptet, ich sei verärgert über ihn und seine Partei. Der Grund liege wohl darin, daß ich von der Presse seiner Parteigenossen, die mich gewählt hätten, nicht immer gelobt werde in der letzten Zeit. Ich habe keinen Anlaß, mich zu ärgern. Ich halte, ich kann das offen aussprechen,

die sozialdemokratische Partei für eine mächtige und imponierende Bewegung, und ich habe von jeher für sie Sympathien gehabt und bin in allen freiheitlichen Fragen auf ihrer Seite gestanden. Ich spreche es aber auch eben so offen aus, daß die Art und Weise, wie diese Bewegung hier im Landtag vertreten wird, mir nicht imponiert. Ich glaube, daß ich mich mit diesem Bekenntnis in guter Gesellschaft auf allen Seiten des Hauses befinde (Beifall), auch in den Reihen der sozialdemokratischen Partei selbst. Was das angebliche Motiv meines Aergers anlangt, weil mich nämlich die sozialdemokratische Presse in der letzten Zeit nicht lobe, so ist mir diese Behauptung zu kleinlich, als daß ich darauf irgend eine Antwort geben sollte. Es ist aber doch psychologisch interessant und charakteristisch, daß mir dieses Motiv gerade von dem Ab. Eichhorn unterschoben wird. Es läßt das einen Einblick zu in die Art, wie er solche Sachen behandelt. Es gibt bei uns in Baden, und wie ich annehme, auch in Sachsen ein Sprichwort: Man sucht Niemand hinterm Ofen, wenn man nicht selber schon dahinter gesessen hat. Im übrigen kann ich von meinen früheren Behauptungen nichts zurücknehmen als das eine, daß der Abg. Eichhorn den Antrag nicht persönlich unterschrieben hat, wovon ich mich nachträglich überzeugt habe. An der Sache wird das nicht sehr viel ändern.

Eine weitere Bemerkung gegenüber dem Abg. Binz. Er hat davon gesprochen, wie hie und da die Wünsche einzelner Beamten hier vertreten würden, und unter Hinweis auf den Fall eines Grenzaufsehers von unlauteren Treibereien gesprochen. Es kann sich hier nur um den Fall des Grenzaufsehers Horn handeln. Ich muß nun doch sagen, dieser Ausdruck war sehr unvorsichtig, ungerecht und verletzend. Das Urteil des Abg. Binz trifft in keiner Weise zu. Ich weiß nicht, ob sich der Vorwurf der „unlauteren Treibereien" auf mich oder den Grenzaufseher Horn bezieht. Ich will auf den Fall heute nicht mehr eingehen, aber ich halte alles aufrecht, was ich früher gesagt habe. Eine Differenz zwischen mir und dem Herrn Zolldirektor bestand schließlich nur hinsichtlich der Höhe der Ersparnisse des Horn. Im übrigen hat sich der Herr Zolldirektor verschiedentlich im Irrtum befunden, so, wenn er behauptete, die Unterstützung habe 250 M. statt 175 M. betragen, und wenn er bestritt, daß Horn am Weihnachtsabend auf die Straße gesetzt worden sei. Erst vor wenigen Tagen hat mir der Mann erklärt, er könne das Letztere beschwören.

Ich muß sodann mit wenigen Bemerkungen noch auf die heutigen Ausführungen vom Regierungstisch zurückkommen. Zunächst möchte ich ein Mißverständnis des Herrn Generaldirektors richtigstellen. Er hat eine Aeußerung über den Bezug von Altersrenten mir unterstellt, während sie in Wahrheit mein Freund Muser gemacht hat. (Zustimmung des Abg. Muser.)

Der Herr Oberregierungsrat Henn hat sich sodann mit meinen Aeußerungen über die Steuermänner und die Kapitänaspiranten, die man in der letzten Zeit von der hohen See hereingebracht habe, befaßt. Er hat im wesentlichen meine Ausführungen zugeben müssen. Das tut mir leid für die Leute, die seit Jahren im Staatsdienst sind und auch schon als Kapitäne verwendet worden waren. Ich bitte, die jetzt bestehende Uebung wenigstens nicht weiter auszudehnen und einige Kapitänsstellen für die Leute frei zu lassen, die bei uns von der Picke auf gedient haben. Wenn ich sodann von dem Kapitänaspiranten gesprochen habe, der jetzt als Kapitän angestellt werden sollte, so habe ich dabei nicht von einem 27- oder 23jährigen jungen Mann geredet, wie der Herr Regierungsvertreter meinte, sondern nur allgemein die Ansicht ausgesprochen, daß verhältnismäßig junge Leute eine größere Bezahlung hätten als längere Zeit im Dienst verwendete Angestellte. Ich vernehme übrigens mit Interesse, daß es sich um einen älteren Herrn handelt.

Ich habe sodann noch zwei Wünsche vorzubringen, die ich gestern im Eifer des Gefechtes vergessen habe. Der eine betrifft die Gepäckschaffner. Dieselben bezogen bis zum Jahre 1879 7 Pfennig, jetzt nur noch 5 Pfennige Fahrtgebühren für 10 Kilometer, während die Wagenwärter 6 Pfennige haben. Man sollte die Gepäckschaffner den Wagenwärtern gleich stellen.

Die Weichenwärter und Bahnwärter wünschen einen besseren Mantel. Der neue ist sehr leicht, nur bis an die Taille gefüttert und bietet keinen genügenden Schutz gegen Wind und Wetter.

Abg. **Eichhorn**: Ich habe noch ein paar Bemerkungen zu den Ausführungen des Abg. Muser zu machen. Er hat versucht, mein Verhalten nochmals unter irriger Darstellung nach außen zu diskreditieren Ich habe schon dargelegt, warum ich für den Kommissionsantrag gestimmt habe und gleichwohl dazu kommen könnte, für den Antrag meiner Parteifreunde zu stimmen. Alle Herren der Kommission werden mir bestätigen, daß ich die Petition mit Nachdruck vertreten habe. Die Darlegungen in der Kommission beschränken sich jeweils auf die bestimmten Spezialwünsche und erstrecken sich nicht auf allgemeine Darlegungen. Meine Haltung ist nicht unlogisch, wie der Abg. Muser meinte, sondern seine Annahme ist ein logischer Fehlschluß. Ich habe bereits erklärt, wie die Dinge liegen, spielt es keine Rolle, ob man die Petition nur zur Kenntnisnahme oder empfehlend überweist. Es liegt mir mehr und hauptsächlich daran, und dasselbe hat der Abg. Muser auch gesagt, wie ein solcher Beschluß der Kommission begründet wird. Die Begründung der Anträge zu den vorliegenden Petitionen durch die Kommission war nun aber derart, daß ich nichts hinzuzusetzen habe. Hätte der Abg. Frühauf in der Kommission den Antrag gestellt, die Petitionen empfehlend zu überweisen, so hätte ich dafür gestimmt. Für mich handelt es sich nur um die Wahrung der Einigkeit der Kommission. Diese Einigkeit ist keine leere Form. Es sind unter den Petitionen auch solche, bei denen ich gegen einen Antrag auf empfehlende Ueberweisung hätte stimmen müssen, z. B. Petitionen, die eine Titeländerung verlangen. Etwas, was mit unserer sonstigen Haltung im Widerspruch stünde, liegt also nicht vor. Diese Behauptung beweist nur, daß der Abg. Muser und die andern Herrn, die uns diesen Vorhalt machten, unsere prinzipielle Stellung nicht begreifen. Der Abgeordnete Muser hat gemeint, ich hätte einen Mißton in die Debatte gebracht. Ich habe nichts getan als im Sinne unserer Partei gegen die kapitalistische Wirtschaftsweise geredet. Haben Sie sich jemals eingebildet, daß wir anders werden könnten, als wir sind. Der Wahn, daß wir uns mit Reformen zufrieden geben, mußte zerstört werden. Wir arbeiten mit bei diesen Palliativmitteln, versprechen uns aber keine endgiltige Besserung davon. Das Elend der Arbeiter wird nicht anders beseitigt werden, als durch Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Diese wird fallen, ob es Ihnen nun angenehm ist oder nicht. Dann wird sich auch herausstellen, was gemacht werden wird. Die Zukunftsstaatsanzapfungen sind in ihrer Torheit schon so oft zurückgewiesen worden, daß ich darauf nicht einzugehen brauche. Es würde unsern historischen Anschauungen ins Gesicht schlagen, wollten wir uns anmaßen, genaue Zukunftspläne vorzulegen. Darüber brauche ich kein Wort mehr zu verlieren. Wenn gesagt worden ist, daß ein Mißton in die Verhandlung gekommen sei, so sage ich, der Mißton besteht nicht

darin, daß ich geredet habe, sondern daß Sozialdemokraten hier im Hause sind, die grundsätzlich andere Anschauungen haben als Sie und nie von ihren letzten Zielen abgehen werden. Der Abg. Muser hat gemeint, die jetzigen Sozialdemokraten gefallen ihm nicht. Ich weiß, daß eine Reihe von Ihnen immer Vollmar und Bernstein gegen uns ausspielen. Die hätten die Endziele in den Silberschrank gestellt, die „Hirngespinnste" aufgegeben und wollten praktisch arbeiten. Wenn Sie geglaubt haben, daß wir solche Bernsteine sind, so waren Sie eben schief gewickelt. Wir dürfen und wollen keinen Augenblick unsere letzten Ziele aus den Augen verlieren. Ihre Hoffnung, die Sozialdemokratie könnte auseinanderfallen, müssen Sie aufgeben, das ist eine Illusion. Sie werden niemals hier mit Leuten zu tun haben, mit denen Sie zufrieden sein können. Mit Dreesbach waren Sie auch nicht zufrieden. Ihre Reden haben weiter gar keinen Zweck, als die Abwesenden auf Kosten der Anwesenden zu loben, um diese auseinander zu bringen. Dieselbe Komödie wird auch von der Frankfurter Zeitung aufgeführt. Wir werden einem Konflikt mit Ihnen aus dem Wege gehen, provozieren ihn aber auch nicht. Den Mißton hier hat die demokratische Fraktion in die Verhandlungen hineingebracht, in erster Linie der Abgeordnete Muser, der sich darüber ärgerte, daß Fraktionsgenossen von uns den Antrag auf empfehlende Ueberweisung einbrachten, und daß die demokratische Fraktion uns nicht eine Nasenlänge voraus war. (Zuruf des Abg. Muser: Glauben Sie?) Ob wir das glauben? Das glaubt das ganze Haus. Der Aerger über den Sonderantrag hörte sich so klar heraus, daß es keiner Versicherung bedarf. Dann kam Venedey, der sich aus der Budgetkommission halb informieren ließ und mit Unwahrheiten gegen mich experimentierte. Die mußten zurückgewiesen werden. Mir ist es gleichgültig, welche Fraktion die Arbeit tut. Hätten Sie so gedacht, dann konnten Sie ja gestern schon erklären, für unseren Antrag zu stimmen, oder hätten den Antrag gestellt, alle Petitionen empfehlend zu überweisen. Wir hätten sofort mit dafür gestimmt.

Abg. **Harsch**: Der Abg. Eichhorn beliebt bei jeder Gelegenheit, so auch vorhin wieder, in der abfälligsten Weise über die kapitalistischen Wirtschaftsweise und Geschäftsführung zu sprechen. Er beliebt es immer zu betonen, daß nur er und seine Genossen an der positiven Arbeit im Leben stehen. Dem muß entschieden widersprochen werden. Wie sich der Herr Eichhorn die Führung eines Geschäfts ohne Kapital denkt, weiß ich nicht. Ich kann hier weitere Ausführungen nicht machen, weil ich sonst Gefahr laufe, zur Sache gerufen zu werden, denn es läßt sich darin sehr viel sagen. Auf einige seiner Ausführungen muß ich aber doch erwidern. Er verdammt die Akkordarbeit in einer Weise, die nicht in allen Arbeiterkreisen geteilt wird. Sodann sagte er, wegen der rascheren Arbeit werden die hindernden Schutzvorrichtungen beseitigt. Ich habe keine Akkordarbeiter, aber trotzdem schon oft Arbeiter zur Benützung der Schutzvorrichtungen veranlassen müssen.

Ein Unternehmer wird sich hüten, die Schutzvorrichtung wegnehmen zu lassen, er läuft Gefahr, nicht nur bei eventl. Unfall schwere pekuniäre Folgen zu haben, sondern je nach der Schwere eines Falles auch noch mit dem Gefängnis Bekanntschaft zu machen. Bezüglich des Antrages der Sozialdemokraten wegen der Eingabe der Eisenbahnbediensteten, Petition XI des Berichts, könnte ich der Petition zustimmen, da ich die Forderung für eine der berechtigtsten halte und hauptsächlich die Anfangslöhne von M. 2,20—2,30, wie z. B. in Bretten der Fall sein soll, bei dem verantwortungsvollen Dienst zu nieder sind. Ich will aber eine einzige Petition nicht herausnehmen und werde aus Gründen, die schon verschiedentlich erörtert, für den Kommissionsantrag stimmen.

Die allgemeine Beratung wird hierauf geschlossen.

Zu persönlichen Bemerkungen erhalten noch das Wort:

Abg. Dr. **Binz**: Zu meinem Bedauern hat der Abg. Venedey die Möglichkeit nicht für ausgeschlossen gehalten, daß meine Worte von unlauteren Treiberen sich auf seine Person bezogen. Selbstverständlich war dies nicht der Fall. Daß sie nach anderer Richtung zielten, ist allerdings zutreffend.

Abg. **Lehmann**: Herr Abg. Binz hat in dem von ihm beliebten Pathos behauptet, daß die Herabsetzung des Akkordpreises sich nur auf solche Artikel bezögen, welche auf den neuangeschafften arbeitschickenden Maschinen hergestellt würden. Die Herabsetzung des Akkordpreises von 90 auf 12 Pfg. wird, wie ich ja auch hervorgehoben habe, mit der Anschaffung der neuen Maschinen begründet. Bei den alten Maschinen ist aber der Akkordpreis auch herunter gesetzt worden, und deshalb habe ich kritisiert. Auf Seite 42 des Spezialberichts heißt es wörtlich: Die Minderung des Akkordsatzes um 10 Pfg. bei Benützung der alten Drehbrücke ist ohne Mehrarbeit des Drehers durch Steigerung der Drehgeschwindigkeit leicht einzubringen. Das ist also ein Abzug, der in der technischen Vervollkommnung der Maschinen und der Arbeitsmethoden keine Begründung hat; es ist einfach eine Lohnerabsetzung. Herr Binz hätte also bei einiger Aufmerksamkeit und Sachkenntnis seine Erregung sparen und seine Rede um mindestens 10 Minuten kürzen können. Wenn ich das Bild von dem Blinden und der Farbe in meiner Rede nicht gebraucht hätte, so würde ich es jetzt gebraucht haben. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. **Gönner**: Dies ist keine persönliche Bemerkung gewesen, der letzte Satz hatte außerdem in seiner Wiederholung verletzenden Charakter, den ich rügen muß.

Abg. **Muser**: Ich bin in einiger Verlegenheit, wie ich die weitspurigen Ausführungen des Abg. Eichhorn im Rahmen einer persönlichen Bemerkung zurückweisen soll. Der Abg. Eichhorn hat wiederholt behauptet, ich hätte durch eine falsche Behauptung ihn zu diskreditieren versucht. Ich kann das ganze Haus zum Zeugen dafür aufrufen, daß ich den Sachverhalt durchaus wahrheitsgetreu dargestellt habe. Wenn Eichhorn glaubt, durch diese Darstellung diskreditiert zu werden, so ist eine solche Diskreditirung eine logische Konsequenz seines eigenen Verhaltens, nicht meiner Kritik über dieses. Sodann ist mir nicht im Traume eingefallen meine Ausführungen über Eichhorn auch auf seine Fraktion zu beziehen. Wenn er die Sache damit aus der Welt schaffen will, daß er jetzt anders stimmt als in der Kommission, daß er sagt, daß es ja doch nur eine Wortfrage sei, ob man die Petition bloß zur Kenntnis oder empfehlend überweise, so ist er es, der seiner Fraktion, die den Antrag auf empfehlenswerte Ueberweisung gestellt hat, Vorwürfe macht. Ferner ist es nicht richtig, daß wir jemals mit Dreesbach einen persönlichen Zusammenstoß hatten. Wir hatten allerdings auch sachliche Differenzen, aber diese sind in einer Form ausgetragen worden, die den Abg. Dreesbach eigen war, leider aber dem Abg. Eichhorn nicht eigen ist. Wenn wir gesagt haben, daß wir mit dem Ton nicht einverstanden sind, der im Landtag von sozialdemokratischer Seite bisweilen angeschlagen wird, so haben wir weder auf Bernstein, noch auf Vollmar noch auf Bebel Bezug

genommen. Die Art des Auftretens hatte ich im Auge, und dies ist eine Frage nicht des Revolutionismus oder Revisionismus, sondern des Taktes und des Taktgefühls. Was ich damit meine, wenn ich gegen Herrn Eichhorn polemisiere, wird Jedermann verständlich sein.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält noch einmal das Wort

Abg. **Eichhorn**: Ich will nur ganz kurz gegenüber dem Abg. Muser bemerken, daß seine letzte Behauptung, es sei mir unmöglich gewesen, positive Vorschläge in meinen Ausführungen zu machen, wieder eine Täuschung nach außen ist, denn es ist mir ja nicht in der Diskussion gestattet worden, über die Ziele des Zukunftsstaats mich auszusprechen.

Das Schlußwort erhält der Abg. Dr. **Wilckens**: Sie werden bei der vorgerückten Zeit von mir kein langes Schlußwort erwarten. Ich möchte aber einleitend doch sagen, daß gerade der Verlauf der Debatte zu aller Evidenz gezeigt hat, daß die Budgetkommission mit ihren Anträgen das Richtige getroffen hat (Beifall), so daß es für die Herrn Sozialdemokraten das Beste gewesen wäre, wenn sie sich einfach den Anträgen der Kommission angeschlossen hätten. Es wäre auch mehr im Interesse der in Betracht kommenden Arbeiter gewesen, wenn eine einmütige, imposante Kundgebung zustande gekommen wäre, statt daß jetzt durch Beantragung der empfehlenden Ueberweisung bezüglich der Arbeiter-Petitionen eine Zersplitterung herbeigeführt wird. Ich gebe mich aber der Hoffnung hin, daß die Herrn eventuell für den Antrag der Kommission stimmen werden, so daß wenigstens auf diese Art noch ein einmütiger Beschluß zustande kommt.

Der Abg. Eichhorn hat gegen eine Berechnung polemisiert, die ich meinen Ausführungen nicht zu Grunde gelegt habe. Er hat die Aufstellung im Auge gehabt, die sich auf die Gehaltsverhältnisse der verschiedenen Beamten der süddeutschen Eisenbahnverwaltungen bezieht. Was diese Zusammenstellung angeht, so haben wir von vornherein in der Budgetkommission die Meinung gehabt, daß sie nach verschiedenen Richtungen hin nicht einwandfrei sei. Auch die Gr. Generaldirektion hat diese Anschauung gehabt und dieselbe auch der Kommission gegenüber zum Ausdruck gebracht, was dann im Bericht der Kommission niedergelegt wurde. Aus dieser Zusammenstellung erhebliche Schlüsse zu ziehen, ist niemandem von der Budgetkommission eingefallen, am wenigsten dem Berichterstatter. Dagegen scheint mir die andere Darstellung, die auf der Reichsstatistik beruht, eine solche zu sein, der eine gewisse Bedeutung beigemessen werden muß.

Eigentümlich habe ich es gefunden, daß der Abg. Eichhorn jetzt schon den Lohntarif und die Lohnordnung zu diskreditieren sucht. Ich meine, so lange wir den Inhalt nicht kennen, sollten wir davon absehen, derartige Behauptungen aufzustellen, wie es der Herr Abg. Eichhorn getan hat. Man sollte doch erst abwarten, bis die Generaldirektion dieses Material hinausgegeben hat. Das man den Tarif jetzt schon schlecht macht, bevor man ihn nur kennt, das scheint mir zu weit zu gehen. Ich will auf die einzelnen Ausführungen, die der Herr Abg. Eichhorn weiter gemacht hat, mich nicht näher einlassen, nachdem ihm hierauf von verschiedenen Seiten erwidert worden ist. Wenn er uns aber den Vorwurf gemacht hat, die Herzlichkeit, mit der wir seither für die Sache der Eisenbahner eingetreten seien, sei nur eine scheinbare gewesen, so muß ich diesen Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Wir sind bisher aus vollster Ueberzeugung für das Eisenbahnpersonal eingetreten, und ich glaube vorhin nachgewiesen zu haben, daß wir im Laufe der Zeit für dasselbe auch manches erreicht haben. Wenn der Abg. Eichhorn gesagt hat, es werde von den Arbeitern auf dieses Wohlwollen gepfiffen, dann überlasse ich das ruhig dem Urteil der Bevölkerung unseres Landes. (Beifall.) Durch derartige Reden kann nur das Vertrauen der Arbeiter zur Verwaltung erschüttert werden, und das ist ja nach meinem Dafürhalten der eigentliche Zweck derartiger Reden. Ich hoffe aber, daß der größte Teil der Eisenbahnarbeiter im Lande verständig genug ist, sich durch derartige aufreizende Reden in ihrem Vertrauen zur Verwaltung und zu ihren Vorgesetzten nicht beirren zu lassen. (Beifall.)

Der Abg. Eichhorn hat uns einen Blick in den Zukunftsstaat der Sozialdemokratie tun lassen. Ich glaube, der Anlaß, der heute in Frage steht, ist nicht der richtige, um darauf im einzelnen einzugehen. Das möchte ich aber konstatieren, daß Eichhorn auch heute wieder keinerlei Hehl daraus gemacht hat, daß es ihm und seinen Freunden um eine völlige Beseitigung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu tun ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokroten.) Diese Offenheit ist deshalb erfreulich, weil auch in manchen bürgerlichen Kreisen immer noch Leute sich befinden, die der Meinung sind, daß dies nicht das Endziel der Sozialdemokratie sei. Ich möchte aber auf der andern Seite auch die Hoffnung aussprechen, daß unser bestehender Staat und unsere bestehende Gesellschaft die nötige Kraft haben werden, sich solcher Angriffe zu erwehren. Ich bin der Ueberzeugung, daß wir noch nicht so nahe am Zukunftsstaat sind, wie der Abg. Eichhorn annimmt, und ich bin der Zuversicht, daß es uns gelingen wird, unsere jetzige Staats- und Gesellschaftsordnung auf vernünftiger Grundlage weiter auszubauen und unser Staatswesen in seinem jetzigen Bestand und auf seinen gegenwärtigen Grundlagen auch für die Zukunft lebenskräftig und lebensfähig zu erhalten. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. **Gönner** teilt mit, daß es, um die Spezialberatung heute zu Ende zu führen, wünschenswert sei, daß sich diejenigen Herrn, die zur Generaldebatte gesprochen haben, weiterer Ausführungen in der Spezialberatung enthalten.

Die Abgg. **Muser** und **Fehrenbach** geben namens ihrer Partei eine zustimmende Erklärung ab.

Es werden hierauf die Anträge der Kommission auf Ueberweisung zur Kenntnisnahme zu A: Petitionen aus den Kreisen der etatmäßigen Beamten, und zu B: Petitionen aus den Kreisen des nichtetatmäßigen Personals einstimmig angenommen, ebenso die Anträge zu C: Petitionen aus den Kreisen des im Arbeiterverhältnis stehenden Eisenbahnpersonals.

Zu C XV. zu den Petitionen 1) des Verbands bad. Eisenbahnbediensteter und 2) der Landesverwaltung Baden des Süddeutschen Eisenbahnarbeiterverbandes liegen Anträge auf empfehlende Ueberweisung vor.

Zu ihrer Begründung erhält das Wort

Abg. **Horst**: Nachdem seit einigen Tagen über die vorliegenden Petitionen gesprochen wurde, habe ich wenig zur Begründung unseres Antrages vorzubringen. Ich habe mich nur gewundert, daß von verschiedener Seite Angriffe auf uns gemacht worden sind, weil wir den Antrag eingebracht haben, obwohl doch ein solcher Antrag auch vor zwei Jahren eingebracht war. Was uns veranlaßt hat, die empfehlende Ueberweisung bezüglich dieser beiden Petitionen zu beantragen, ist, daß die

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

anderen Beamten in ihren Gehaltsverhältnissen festen Boden haben, während bei den Arbeitern völlige Unsicherheit in ihrer Beschäftigung und ihren Bezügen herrscht. Wir stehen deswegen nicht auf dem Standpunkt, daß alle in den Petitionen vorgetragenen Wünsche gleich berücksichtigt werden müßten, immerhin ist doch zu wünschen, daß z. B. gerade der Lohntarif und mit diesem möglichst bald bessere Lohnverhältnisse zur Ausführung gelangen.

Die Beratung wird hierauf geschlossen, der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort, und es wird der Antrag Horst und Genossen auf empfehlende Ueberweisung mit allen gegen 13 Stimmen (Sozialdemokraten, Demokraten und Freisinnige) abgelehnt, und der Kommissionsantrag einstimmig für angenommen erklärt.

Es werden sodann die Anträge auf Ueberweisung zur Kenntnisnahme bezüglich der im Nachtrag zum Bericht der Budgetkommission enthaltenen Petitionen der Oberschaffner, Wagenwärter und der Kanzlei- und Rechnungsbeamten einstimmig angenommen, ebenso der Antrag der Kommission auf Ueberweisung zur Kenntnisnahme bezüglich der Petition der Stationsaufseher um Verbesserung ihrer Lage.

Der Präsident teilt noch mit, daß der Abg. Neuhaus auf seinen Wunsch aus der Kommission für das Grundbuchwesen ausscheidet, und an seine Stelle der Abg Goldschmid-Engen tritt.

Schluß der Sitzung kurz vor ½3 Uhr Nachm.

---

* **Karlsruhe**, 27. Mai. 84. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag, den 28. Mai 1904, vormittags 9 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

Beratung des Berichts der Budget-Kommission über das Budget des Finanzministeriums für 1904 und 1905. Ausgabe Titel IV und Einnahme Titel I Forst- und Domänenverwaltung samt Nachtrag, sowie die damit zusammenhängenden Petitionen (Seite 30 ff. des Kommissionsberichts). Drucksachen Nr 15 a und „Zu Nr. 15 a." Berichterstatter Abg. Kriechle.

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen der Zweiten Kammer: Dr. Karl Schweickert.
Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei. Beide in Karlsruhe.